



für Schleifen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Durch die Post: Goldpfennig 4 Pf., durch die Buchhandlung der „Volkswoche“: Neue Graupenstraße Nr. 3, durch die Zweigstelle Algarrengeschäft: Reichsstraße 148, sowie durch alle Auszäger zu bezahlen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,60 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus zu senden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Berlegeort und Hauptgeschäftsstelle: Dresden 2
Postanschrift: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postamt-Kontrolle: Postamt-Amt Dresden Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 14 Pf. ausserhalb 17 Pf. Anzeigen unter Legg. 70 Pf. Gedruckte 10 Pf. Sammelanzeigen, Stellengebühr, Vereinss. Verhandlungen, und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Werb. 3 Pf. das halbe Jahr 4 Pf. Einzelne für die nächste Nummer müssen die vormalige 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptexpedition: Goldstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der ungarische Skandal.

Ein Putsch der entlarvten Banknotenfälscher?

Budapest, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Liste der mit der Fälscherei in Verbindung stehenden Personen nimmt immer größeren Umfang an. Am Mittwoch wurden in diesem Zusammenhang die Namen des Bischofs Ottakar Prohaska und des Markgrafen Wallerstein genannt. Da Prinz Wladimir gräflich und der Polizeichef Radossi widersprechende Angaben gemacht haben, sind sie am Mittwoch gegenübergestellt worden. Ausschüsse wurden abgehalten bei den Abgeordneten Gömbös, Schärdt sowie bei dem Baron Gerebeny. Es verlautet, daß hinter dem flüchtigen ehemaligen Minister Graf Csáky und seiner Gemahlin ein Steckbrief erhalten worden ist.

Wien, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Aufregende Nachrichten kommen aus Budapest. Danach soll der nationalistische Führer Gömbös in die Provinz gereist sein, um seine Prätorianergarde zum Marsch nach Budapest zu rufen. In den Kreisen der Regierung wird für die nächsten Tage ein Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Gömbösbanden erwartet. Die Legitimisten planen, um Gömbös zuvorzukommen, schon jetzt den jungen Otto von Habsburg zum König auszurufen und eine Regierung einzurichten.

Die vom Ministerpräsidenten Graf Bethlem auf Auslandsdruck hin preisgegebenen Banknotenfälscher aus dem Horváthkreis suchen sich nach dieser Vermutung also dadurch zu rächen und zu retten, daß sie ihrerseits die Inhaber der Jürgewalt verhaftet, um sich nicht von ihnen verhaften zu lassen. Man muß bedenken, daß es sich um die Vertrauensleute des Reichsverwesers, des höchsten Staatsbeamten handelt. Darin tritt die ganze Verworrenheit dieses Diktatursystems einer selbststüchtigen Aristokratie zutage, die die demokratische Kontrolle ausschaltete, um sich durch Mord, Betrug, Fälschung zu bereichern und die breiten Massen der ungarischen Bauern und Arbeiter auf das schamloseste auszupressen.

Brag, 6. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien dürfen gemeinsam mit Frankreich schon in den nächsten Tagen bei der ungarischen Regierung vorstellig werden, um für die durch die Banknotenfälschungen diesen Ländern erwachsenen großen Verluste einen entsprechenden Schadensatz von Ungarn zu verlangen. Die Erregung in der Tschechoslowakei über das Treiben der hochgestellten ungarischen Fälscher kommt weiterhin in der Presse zum Ausdruck. Beachtenswert ist, was das Organ des Ministerpräsidenten, das bisher über die Angelegenheit schwieg, sagt: „Doch jener Schicht, die nach dem Kriege in Ungarn ein asiatisches Regime mit dem Schein der Demokratie einführt, die Maske heruntergerissen wird, ist für uns eine Genugtuung. Aber diese Genugtuung allein darf uns nicht genügen. Wir müssen vor ganz Europa nicht nur im ungarischen Interesse, sondern auch im Interesse Europas selbst fordern, daß zu einer scharfen Operation geschritten wird. Sonst wird die magyarische Brutalität der monarchistischen Goldfälscherei-Walteren auch weiterhin ganz Europa bedrohen.“

Militärvertrag zwischen Polen und der kleinen Entente.

Das Krakauer Blatt „Nowa Reforma“ berichtet aus Warschau, daß die Militärkonvention zwischen der kleinen Entente und Polen tatsächlich geworden ist, indem der König Alexander von Serbien dieses Abkommen unterzeichnete. Die Militärkonvention sieht die gegenseitige militärische Hilfe und die freie Durchfuhr von Munition über die Gebiete der an der Konvention beteiligten Staaten vor.

Amerikas Beteiligung an der Genfer Abrüstungs-Konferenz.

New York, 7. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Auswärtige Ausschuß des Repräsentantenhauses hat die vom Präsidenten beantragte Bewilligung von 50 000 Dollars zur Verteilung der Kosten für die Teilnahme an der vorbereitenden Genfer Abrüstungskonferenz verliehen.

Der Annahme der Vorlage über die Beteiligung Amerikas an der Genfer Konferenz ging im Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses eine längere Aussprache voraus. Ein Zusatzantrag, wonach die amerikanischen Delegierten angewiesen werden sollten, eine Entschließung vorzulegen, in welcher die Erwähnung wichtiger Maßnahmen zur volkrechtlichen Rechtung derjenigen Staaten, die zu einem Kriegsfall treten, empfohlen wird, wurde abgelehnt. Der Ausschuß nahm einen Antrag an, durch welchen ausgesprochen wird, daß lediglich eine Beteiligung an der Konferenz, nicht eine Mitarbeit vorgesehen ist.

Gläubiger Amerika mit dem deutschen Schuldner zufrieden.

New York, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Presserteam gab Präsident Coolidge der Hoffnung Ausdruck, daß der amerikanische Kongress noch im Laufe der laufenden Session

gleichliche Bestimmungen über die Rückgabe des fremden Eigentums treffen werde. Von einer Unterredung, die Präsident Coolidge mit dem Agenten für Reparationszahlungen Gilburt hatte, wird bekannt, daß dieser die Finanzlage Deutschlands als so günstig schreibt, daß keine Störungen in der Ausführung des Dawes-planes zu erwarten seien.

Was Koch nicht sagt.

Stuttgart, 6. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Dr. Koch, hielt am Mittwoch auf der Landesversammlung der württembergischen Demokraten das Hauptreferat. Den wesentlichen Teil seiner Ausführungen bildete ein Appell an die Sozialdemokratie, sich mit den anderen republikanischen Parteien in einer Regierung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Die Deutsche Volkspartei sei hierzu bereit. (Unter welchen Bedingungen?) Sie könne, ohne Stresemann zu besapieren, in absehbarer Zeit keine politisch mit den Deutschnationalen mehr treiben. Infolgedessen sei die Erinnerung an die Haltung der Volkspartei im Jahre 1923 heute nicht maßgebend. Im übrigen erinnerte Koch an die Verbündnis in Preußen und stellte fest, daß sich hier die Sozialdemokratie in der Großen Koalition durchsetzen habe, weil sie durch die richtigen Männer in der Regierung vertreten sei. „Warum kein Vertrauen,“ rief er schließlich der Sozialdemokratie zu, wenn die Regierung dafür bürgt, daß sie mit der Aufrechterhaltung der Großen Koalition steht oder fällt? Er schloß mit den Worten: „In dieser Stunde rufen wir den kleinen Appell an die große Sozialdemokratische Partei, uns nicht im Sack zu lassen. Wenn sie trotzdem auf die Mitarbeit verzichtet, wird dem Parlamentarismus eine tiefe Wunde gesetzt.“

Der Abgeordnete Koch erklärte in dieser Rede die Volkspartei als bereit zum Koalitionsabschluß. Unseres Wissens waren bisher die Stresemänner zwar zu Verhandlungen über die Koalition zu haben, aber nicht zur Zustimmung auch nur zu einer einzigen dringlichen Forderung der Sozialdemokratie an die Reichsregierung. Wir fürchten, Herr Koch, daß ja auch für seine Person recht wesentliche unserer Forderungen ablehnte, verwechselt nach der Methode der Berliner demokratischen Presse die bloße Verhandlungsbereitschaft mit der wirklichen Bereitschaft zu einer sachlichen Konsolidierung gegenüber der Wirtschaftspolitik des Kabinetts Luther, die doch der einzige vernünftige Zweck eines ernsthaften Koalitionsversuches sein könnte. Er hat — auch nach den Berichten der ihm nahestehenden Blätter — in Stuttgart über das Programm der von ihm ersehnten Regierung nichts Neues gelegt. Damit wird aber das Gedanke lächerlich, Koalitionsverweigerung bedeutet Gefährdung der parlamentarischen Demokratie.

Eine Koalition, die sachlich mit halben Kompromissen den Wirtschaftsproblem der Gegenwart nicht gewachsen ist, gefährdet das Ansehen des Parlaments und der Demokratie viel schwerer als die Tatsache einer Minderheitsregierung, der die größte republikanische Partei von Fall zu Fall die Unterstützung gibt oder entzieht, je nachdem diese Regierung soziale Gesinnung und Energie beweist. Gegen die Diktaturspielerei, die nach dem Zeugnis der „Natlib. Korrespondenz“ auch die Unternehmerführer mehr fürchten als wünschen, haben wir ja auch noch außerparlamentarische Mittel in Reserve.

Dr. Wittich, der mit Koch für die Große Koalition eintrat, hat offenbar aus dieser Erfahrung heraus auch bereits erklärt, daß er eine Regierungsbeteiligung des Zentrums auch für den Fall wünscht, daß die Sozialdemokratie auf Grund des Koch-Programmes nicht mitmachen kann oder will. Darin sehen wir einen weit größeren Beweis von gutem Willen zum Linkskurs. Die Leute dagegen, die uns drohen, wenn wir nicht mit ihnen eingingen, so müßten sich sich nach rechts anlehnen, zeigen schon damit, daß sie ja nicht ernsthaft als Verbündete für uns in Frage kommen können. Sie suchen in der Koalition offenkundig uns zu binden und zu „mäßigen“, nicht aber die Regierungspolitik nach links zu drehen. Ihnen werden wir mit Opposition mehr abringen können als mit einem Bündnis. —

Neues Wiederantragsgebot für Wands. Die Befreiung des Schriftstellers Heinrich Wands, der zur Veröffentlichung rein deutscher Werke aus englischen Ländersvereinen verboten wurde, zu unterschreiben. Mit einem Worte: Wands ist ein deutscher Schriftsteller, der keinen Vertrag mit dem englischen Ländersverein geschlossen hat.

Das Reich und die Erwerbslosenfrage

Amtlich wird mitgeteilt: Im Reichsarbeitsministerium wurden am Dienstag die Befriedungen über die wichtige Frage der Erwerbslosenfürsorge beendet. Die Vertreter der Länder stimmen dem vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf, der die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge bewirkt, zu und eillt sich auch mit den Vorschlägen der Reichsregierung einzuhalten, durch die den Wirkträumen bei Bereitung von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge gesteuert werden soll. Eingehend wurde die Frage eines Reichsausgleichs zwischen den örtlich verschiedenen Beitragssystemen erörtert. Die überwiegende Mehrheit der Länder sprach sich für die Schaffung einer Einheit der Durchführung aus. Über die Einzelheiten der Durchführung wurde nach mehrstündigem Aussprache eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt. Die drei Vorlagen des Reichsarbeitsministeriums sollen in Sitzungen des Reichstages verabredet werden, die bereits in der nächsten Woche stattfinden werden.

Die oberschlesischen Eisenwerke drohen mit Stilllegung.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Oberschlesischen Eisenhütten in Frage kommt die „Oberschlesische Eisenhüttenbedarf“, die „Österreichische Eisenindustrie“ und die „Donnersmarck-Hütte“, bis jetzt noch keinen Antrag auf Stilllegung der oberschlesischen Hütten gestellt haben.

Jedoch haben zwischen den Beauftragten der oberschlesischen Eisenindustrie und der Regierung Befriedungen stattgefunden, in denen von den Unternehmen darauf hingewiesen wurde, daß mit der Möglichkeit einer gleichzeitigen Stilllegung der sämtlichen Werke zu rechnen sei. Eigentlich hat in letzter Zeit berüht, daß in der bürgerlichen Presse immer wieder auf die Stilllegung in einer Art hingewiesen wurde, die einer Drohung ähnlich sah.

Die oberschlesische Eisenindustrie, die unter der allgemeinen schlechten Konjunktur ihrer Branche und dazu noch unter den besonderen Verkehrsschwierigkeiten des an Wasserstraßen armesten Ostens leidet, sucht seit längerer Zeit ein Milieuengagement vom Reich herauszudrücken, wie es ihre Konkurrenten an der Ruhr in immer noch unangestörter Weise von Luther und Stresemann bekanntlich in Höhe von 700 Millionen beladen. Infolge der veränderten Finanzlage und des Verbergewichtes der westlichen Industriellen in den maßgebenden Mittel- und Rechtsparteien wird das den oberschlesischen Unternehmen kaum gelingen. So drohen sie brutal mit der Erhöhungsberechnung für tausende von Arbeitern, um ihren Anteil an den Liebesgaben des Luther-Kabinetts zu erpressen. Wirtschaftliche Hilfe kann von einer solchen einmaligen Schädigung (in Form einer nachträglichen „Entschädigung“ für Schäden aus der Zeit vor fünf oder sechs Jahren) für einen Industriezweig nicht erwartet werden, wie gerade das Beispiel der Ruhlandindustrie zeigt. Eine Auflösung der deutsch-polnischen Handelspresse, die den Vertriebsverkehr zwischen den ost- und westoberschlesischen Betrieben bestreben Unternehmungen hemmt, billiger Kohlenbezug aus Ostsachsen abschneidet und die Rückausfuhr nach Polen hindert, wäre unter allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten für die wirtschaftliche Dauerexistenz der oberschlesischen Industrie weit nützlicher. Täuschende Ertragserlöse einzelner Kohlengruben aus der Handelskriegskonjunktur würden darüber allerdings verschwinden. Entgegenkommen der Reichsbahn in der Tariffrage wäre das zweite wirtschaftliche wirksame Mittel, das Dauerbeschäftigung von Arbeitern zu auskömmlichen Löhnen in Oberschlesien erleichtern würde.

Ein neuer Giesche-Vertrag unter Beteiligung des Preußischen Staates?

Die Angelegenheit Giesche-Harriman und Preußischer Staat ist nun nicht so weit „geregelt“, daß mit einem Sicherheit der entsprechenden Verträge in nächster Zeit zu rechnen ist. Verhandlungen werden in erster Linie nur noch, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ erwidert, über Personalfragen geführt. Seitens Harriman besteht die Absicht, möglichst gleichzeitig mit Polen und Deutschland abzuschließen. Ein Antritt an die Giesche-Verhandlungen wird eine Befreiung im Charakter der Preußtag anstreben, und zwar soll schon bereits in diesem Monat ein Gesetzentwurf beim Preußischen Landtag eingereicht werden, der die Preußtag in den tatsächlichen Besitz der jetzt nur geprägten Bergwerksunternehmungen des Preußischen Staates setzt, um ihr die Weise eine größere finanzielle Beweglichkeit zu geben. Der von der Preußtag erfolgte Vertrag mit der Giesche-Gesellschaft gegebene Geldbetrag in Höhe von 5 Millionen Mark umfaßt bereits die Gesamtkapital ihres Aktienkapitals. Nun steht es beschäftigt, das Kapital der Preußtag auf mindestens 100 Millionen Mark zu erhöhen.

Selange über den Inhalt dieses Vertrages zwischen Harriman, Giesche und dem Preußischen Staat nichts Näheres bekannt ist, werden wir diese Verhandlungen nicht ohne ein gewisses Misstrauen verfolgen können. Wir hoffen es jedoch inständig, daß Preußien die amerikanische Monopolisierung des wichtigsten Schiffsindustrie des Industriegebiets durch Ausnutzung seines Gewerbesteuers zu hinterziehen will, wodurch auf die Entwicklung der britischen Industrien durch den Preußischen Staat bestmöglich

Preisberechnung für einen sozialwirtschaftlichen Fortschritt halten. Es ist uns aber noch zweifelhaft, ob bei einem Vertrag zu dritt zwischen der gesellschaftlich sehr rücksichtslosen, wenn auch nicht immer ethisch schlechten jüdischen Gesellschaft, den noch rücksichtslosen Amerikanern und dem Deutschen Staat ein solcher sozialwirtschaftlicher Fortschritt ohne übermäßige Belastung der Staatskasse und damit der Steuerzahler zu erwarten kommt.

Aus dem Reiche.

Der Kampf gegen die Schand- und Schmuggelliteratur. Wie der Preußische Minister des Innern in einem Rundschlag über die Bekämpfung der Schand- und Schmuggelliteratur auf Bahnhöfen, in Zeitungsstallsen und im Straßenhandel mitteilte, sind der Deutschen Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung unzüchtiger Bilder, Schriften und Zeitschriften zu Berlin nach dem 1. Juli v. J. rechtstrügige gerichtliche Verurteilungen aus § 81 St.G.B. hinsichtlich folgender Geschäftslide bekannt geworden: „Der Strichmutter“, Berlin, Nr. 1, 2 und 4 von 1925; „Die Polizei auf Bahnhöfen und in Zeitungsstallsen zunächst auf die Dauer von 8 Monaten aufgehoben.“ — Auf diese wiederholter Verurteilung wurden, laut Amtlichem Preußischen Befehl, folgende Schriften ausgeschlossen: „Wilde“ Nr. 5 und 6 von 1925, Karl Sauer, Wien, „Paris plaisir“, Nr. 86 vom Juni 1925, Paris, „Le Rire“, Nr. 333 und 334 vom Juni vorigen Jahres Nr. 335 bis 337 vom Juli vorigen Jahres, Paris, „Paris, Paris“, „Gros“ Nr. 42 vom Juli vorigen Jahres, Paris, „La Vie Parisienne“ Nr. 26 vom Juni vorigen Jahres, Paris, Nr. 28 und 29 vom Juli vorigen Jahres, Paris, „Le Journal amusant“ Nr. 319 bis 328 vom Juli vorigen Jahres, Paris.

Die in Straßburg durchaus zu Recht erfolgten Beurteilungen von „Richtigkeit“ und ähnlichem heissem Wochenblatt, schalten den Berliner Stellen nicht mitgeteilt worden zu sein.

Railindustrie und deutschnationale Presse. Am 7. Januar beginnt ein Zivilprozeß zwischen der „Kreuzzeitung“, Kreuzgesellschaft, und der Druckfirma Otto Stolberg & Co., der die von uns zur Kenntnis der Deutschnationalität gebrachten internen Vorgänge über den Verschleiß des altkonservativen Organs vor Gericht erörtern wird. Im Sommer 1925 ist die „Kreuzzeitung“, Kreuzgesellschaft unter dem Aufsichtsrats-Vorsitzenden Graf Weitmar und unter starker Beteiligung des Kapitalists gegründet worden. Die Beschaffung der für die Erhaltung des deutchnationalen Organs nötigen Gelder war von Anfang an und Verhandlungen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, die der Railindustrie gegenüber ein gegangen werden zu müssen, abhängig gemacht worden. Seit der deutchnationalen Opposition gegen Oscarne zogen die Railindustriellen ihre Zahlungen zurück, so daß die „Kreuzzeitung“ außerstande war, ihre Schulden bei der Druckfirma zu begleichen. Nunmehr sind Verhandlungen eingeleitet worden, die den Übergang der Railindustrie auf eine dem Grafen Weitmar gehörige Kapitalsgruppe erstreben. Die Devise der „Kreuzzeitung“, „Vaterland mit Gott für König und Vaterland“ muß daher ergänzt werden: „und für Kollektiv!“

Jan Komendant der Berliner Kripo-Polizei ist an Siecle des demokratischen Regimes zum Hauptmann ernannt worden.

Ein höherer Justizbeamter inszeniert. Landgerichtsdirektor Schmetz berichtet, wie das Berliner „Eckhaus“ erklungen, durch den Prozeß gegen den Reichskommissar des Innern Körber kompliziert sein soll, ist vorläufig keines Todes am Berliner Landgericht I entstanden. Gleichzeitig wurde gegen Schärke, der nebenamtlich Richter bei der Reichskommissionäre Charlottenburg war, ein Disziplinarverfahren eingeleitet wegen Verdachtes, daß er an den Verfehlungen Arnolds in nicht unbeträchtlichem Maße beteiligt war. Die Voruntersuchung über seine Teilnahme an den Verfehlungen Arnolds ist noch nicht abgeschlossen.

Immer noch neue Opfer früherer KPD-Polizei. Vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik wurden am Mittwoch der Arbeiter Peter wegen Hochverrats, Spionagevergebens und unbefugten Verhandelns mit drei Jahren Zuchthaus, der Arbeiter Bolewski zu einem Jahre vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage war in den beiden vor, in den Jahren 1923 und 1924 in der Gegenwart von Reichenbachburg den Verlust eines bewußteten Zustandes gemacht zu haben.

Kritik des „Material“ zu letztem Strafverfahren gegen die Barmat? Die Kommunistische Fraktion des Preußischen Landtags hat eine Große Anfrage eingebracht, in der sie das Preußische Staatsministerium um Auskunft bittet, ob sich die Staatsanwaltschaft endlich über die Durchführung des Strafverfahrens gegen die Gebrüder Barmat schließlich geworben sei; wenn nicht aus welchen Gründen und auf welche Beratung die Durchführung des Strafverfahrens gegen Barmat immer wieder verschleppt werde und welche Staatsanwaltschaft für diese Verzögerung verantwortlich seien. In der Anfrage wird darauf hingewiesen, daß die Untersuchung gegen die Gebrüder Barmat bereits im Juli 1925 fast abgeschlossen war. Auf eine kommunistische Anfrage habe am 15. Dezember der Vertreter des Justizministeriums erläutert, daß sich die Staatsanwaltschaft über die Durchführung des Strafverfahrens nunmehr schließlich machen wolle. — In der Tat wird es offenkundig Zeit, daß sich die Staatsanwaltschaft „schüßt“ wird.



Roman von Zweigert S. Desbrosses
Aus dem vereidigten Manuskript übertragen
von Hermann zur Mühlen

Die Heimkehr.

Schon gescheint, jenseitig soll, wie ein frisches Tier mit eingedrückten Flossen, schwung und prahlend, nach dem Seepferd „Trotteliedem“ in Hosen zum Neumarkt laufen. Eine ungeheure Menge drängte sich im Hafen, koste Regierungsweise könnten über das Wasser hin: die Leute jodeln der Wanzenheit zu, die seit Jahren verholzten geschnitten waren, zerluden in der Sonnenhitze des nordischen Eismeeres, den Menschen, die dem Tod gefordert hatten, um den Tod zu finden, und die zum Verwandten befiegen von den unerträglichen Gestalten der Natur.

Die Anziehungen der Natur waren dem Schiff entgegengestanden: ein Teil wünschte einerlei Männer und Frauen: Kinder blieben hier und dennoch neigten sie freigewordenen Männern einer Frau zu, weil ihre Männer und Söhne nicht wiedergekehrt waren, sondern hier, zurückdrückend, in Eis und Schnee, begraben liegen.

Ted Mannister, der junge Schauspieler, stand an der Reling und hielt angestrengt auf die zahlreichen Seeleute hinab, die klobende das Schiff umgaben. Vergessen: nirgends erfuhr er das feine, herzhaftere Gefühl mit den großen Augen, das er zu leben erwartete. Unter all diesen neuen Freuden aufgerissene Herzen hieß er unentkennbar seinem Vater. „Er wird mich kommen“ sagte Ted bei sich. „Sooft wie er bestimmt gekommen.“ Kurz vorher sah er, er kannte es kaum erwarten, ein Lied zu singen.

Mannister brachte sie mit die Heimkehrer. Ted Mannister, der sich dieser mit unerträglichen Wörtern zu erfreuen suchte, hieß plötzlich selber eine fremde Menschenkugel in sein Herz, eines ungemeinen Gefühl. Er sah die zukünftig lebenden Leute, welche sie: „Oho!“

Ein unerträglicher, unerträglicher Mann brachte ihn mit. Die beiden Männer standen einander die Hand.

„Wie kommt der zum zweiten“ fragte Ted Mannister.

„Der Stern der Freiheit“ bat mich bestimmt so vertrag-

Heilige drei Könige.



Die drei Könige aus dem Morgenlande schenken dem kleinen Kindlein Gold, Silber, Weihrauch und Myrrhen. — Die Könige des Überlandes nehmen gern alles — — nur die bitteren Myrrhen lassen sie zurück.

Vor dem Zusammentritt des Reichstags.

Die Ferien des Reichstags gehen zu Ende. Um Donnerstag beginnen bereits die ersten Ausschusssitzungen, von denen insbesondere die Erörterungen des Rechtsausschusses über die Flüchtlingsaufnahme interessieren werden. Am Sonnabend folgt die allgemein mit Spannung erwartete Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, von der wir wünschen möchten, daß sie öffentlich stattfindet.

Das Plenum des Reichstags tritt am 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, zur Erörterung einer umfangreichen Tagesordnung zusammen. Beraten werden sollen der Gesetzentwurf über das Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Haiti bezüglich der Ausgleichserfassung, der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften, der Gesetzentwurf über die Befreiung von Pfändungen an im Bau befindlichen Schiffen und schließlich der Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsnappelschiffsgesetzes. Wie im vergangenen Dezember durften auch die im Januar geplanten Vollversammlungen im allgemeinen von nicht zu langer Dauer sein, da vorzugsweise den Traditionen mißachtet werden darf. Gelegenheit geben werden muß sich mit der Sitzung der Regierungskrise zu beschaffen. Die Notwendigkeit zu derartigen Erörterungen ergibt sich durch den Entschluß des Zentrums und der Demokraten, unter allen Umständen noch einmal die Bildung der Großen Koalition zu versuchen.

Ist es der Erzbergermörder?

Der Polizeipräsident von Berlin teilt mit: In der Angelegenheit des in Aussie verhafteten angeblichen Erzbergermörders Schülz hat sich die Berliner Polizei am Mittwoch teils telegraphisch mit der Polizeidirektion in Aussie in Verbindung gesetzt. Ebenso hat sie Verbindung aufgenommen mit dem Polizeipräsidium in Wien. Von Wien aus wurde mitgeteilt, daß die in Aussie verhaftete Person zunächst bestätigt habe, der Erzbergermörder Schülz zu sein, daß sie die Begehung aber nachher wieder zurückgenommen und als Schwindel bezeichnet habe. Das Polizeipräsidium in Wien hat nun sofort eine Photostrophe des Erzbergermörders Schülz, die seinerzeit von der Berliner Polizei verhaftet worden ist, nach Aussie geschickt, damit an Hand dieses Bildes feststellt werden kann, ob der Verhaftete tatsächlich der Erzbergermörder Schülz ist.

Aus Aussie wird gemeldet: Das Kriegsgericht hat die Untersuchungshaft über den angeblichen Erzbergermörder Schülz verhängt. Der Verhaftete legt nahe, bei der Gendarmerie erschossen zu haben, daß er Schülz heißt und mit dem Erzbergermörder identisch ist. Der Gegenbeweis konnte bis jetzt nicht geführt werden.

Dr. Stresemann und die Wilson-Stiftung. Das Berliner Tageblatt meldet aus New York, daß die Verwalter der Woodrow Wilson-Stiftung beschlossen haben, den ausgelebten Preis für das Jahr 1925 nicht zu verteilen. Es sei ursprünglich eine Dreiteilung des Preises geplant gewesen und zwar sollten Chamberlain, Strand und Stresemann sich in den Preis für ihre Verdienste um das Zustandekommen des Vierparteienvertrages teilen. Dr. Stresemann habe jedoch die Annahme des Wilson-Preises abgelehnt. Die Zuerteilung des Preises war an die Bedingung geknüpft, daß die Preisstifter ihn selbst in Washington am 28. Dezember in Empfang nehmen sollten. Da das Dr. Stresemann nicht möglich war, ergab sich die Ablehnung.

Über die Wahlkampagne. „Ich kann entschuldigen, wir haben uns seit vielen Jahren nicht mehr gefehlt.“ „Sie schämen sich nicht, Sie sind meinen Vater. Begreife gar nicht, daß er nicht hier ist.“ „Vielleicht fühlt er sich nicht wohl. Wollte das Gedränge verhindern. Wo möcht du?“ „Im Savoy-Hotel. Und du?“ „Bei Bekannten“, erwiderte O'Reilly anscheinend. „Ich weise eben zu dir kommen. Was jetzt verflucht, Euren Captain zu interviewen.“ Und schon trugen ihm seine langen Hände mit Kleidergewandtheit hin, dorthin, wo sich die Menge am nächsten trennte und der Captain des „Trotteliedem“ vergeblich den Reporter zu entkommen vermochte.

„Guter Mann!“ überlegte einen Augenblick. Dann beschloß er, vor allem eines Onkel George Weights aufzutun; dieser würde über bestimmt Nachricht über den Vater geben können. Er wußte ein Foto davon.

Der lärmende Diener, der die Tür des Bright'schen Palais öffnete, blieb mit unerträglicher Ernsthaftigkeit auf den schäbig gekleideten, verzweifelten, jungen Mann, der Herrn Bright zu zweien verzerrte.

„Denn es ist mir etwas Geldmangel handelt“, sagte er bestimmt. „So müssen Sie in die City gehen, ins Büro des Herrn Bright. Herrn Bright findet nicht, daß ...“

Mannister riefte unzufrieden: „Thomas. Sie alter Esel, kennen Sie mich denn nicht?“

Der alte Mann lächelte ihn prahlend an; sein Gesicht verzerrte es. Schließlich sah er nachher: „Herr Sir?“

„Freischaff!“ Mannister riefte dem alten Mann die Hand hin. „Wie geht's, alter Thomas? Seit wann hab' Ihr gar so grauartig?“

Der alte Mann lächelte verlegen: „Ja, Herr Fred, das ist seit Herr Bright's Familiär mein geworden.“ „Nicht mehr, die graue Stunde verfehlt jetzt in der vornehmsten Gesellschaft ... und so hört sie streng auf Glücksfälle und ...“

„Sei tapfer, Fred, mach dich auf Schlimmes gefaßt.“

„Sie sagst mir kein Wort, den Sak zu beenden.“

„Wie kann ich?“

„Und als Frau Bright steht einer Antwort tief angespannt.“

„Was ist?“

„Ja, mein armer Junge, Dein lieber Vater ist tot.“

Große Wels vor Warschauer Arbeitern

Im Anschluß an den Parteitag der polnischen Sozialisten fand in Warschau eine öffentliche Massenversammlung statt, vor der neben polnischen Genossen verschiedene ausländische Delegierte zu Wort kamen. Mit besonderem Beifall begrüßt wurde neben den Sozialisten aus den von den russischen Bolschewiken eroberten Georgien, der deutsche Parteivorsitzende Deutsche Wels, den der Abgeordnete Dr. Diament der überfüllte Versammlung als den Typ des aus dem Arbeitervolk durch eigene Ningen um Bildung und Hingabe an die Partei aufgestiegenen Führers vorstellte.

Wels erklärte in seiner Rede, in Warschau seien für einen Ausländer viele Vorurteile über die polnischen Sozialisten zerstreut worden, an deren internationaler Gestaltung er keinen Zweifel mehr habe. Er wünsche bessere gegenseitige Kenntnis zwischen den Nachbarvölkern der Deutschen und Polen. Beide bejubeln jetzt die demokratische Republik, die eine Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus sei, wenn auch infolge des Weltkriegesystems und der Arbeiterunterwerfung bald hier, bald dort noch Koalitionspolitik nötig sei wie jetzt in Polen. Wels ging dann auf die nächsten wirtschaftlichen Zielen der Internationale ein, meinte er die für die deutsch-polnischen Beziehungen besonders wichtige Frage der Arbeiterwanderungen berührte, die demokratisch gemeinsam mit der Gewerkschaftsinternationale erklärt werden soll. Er bekannte sich schließlich zu dem Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa als einer sozialistischen Wirtschaftseinheit.

Seiner Rede folgte für Warschau der zum Teil deutsch verstante Zuhörer, der sich bei der Übersetzung noch steigerte. Unter den weiteren Vertretern anderer Parteien sprach auch der Lodzer deutsche Abgeordnete Genosse Jerka für die deutschen Sozialisten in Polen, der gleichfalls starken Beifall fand.

kleine Auslandsnachrichten.

Die österreichische Regierung wird in den nächsten Tagen ihre Gesamtdelegation einreichen. Die Neubildung wird vor der bisherigen Bundeskanzler Ramak übernehmen. Der anschließendliche christlichsoziale Außenminister Dr. Matay darf nicht mehr in das Außenamt zurückkehren. Er ist durch Sanierungen persönlich sehr violettgestrichen.

Das Völkerbundsinstitut für internationale geistige Zusammenarbeit. Am 16. Januar findet in Paris die Einweihung des von der französischen Regierung dem Völkerbund zur Verfügung gestellten Internationalen Instituts für intellektuelle Zusammenarbeit statt. In der Feierlichkeit nehmen außer dem Sekretariat des Völkerbundes, der französischen Regierung und dem diplomatischen Corps Delegationen der wissenschaftlichen Verbände des Auslandes teil. Auch Vertreter des Deutschen Reiches sind, das in dem Institut durch den Präsidenten der Akademie für geistigen Austausch erinnert werden dazu in Paris erwartet.

Kein Friede in Syrien. Aus Beirut wird gemeldet, daß am Sonntag bei dem französischen Oberkommissar in Syrien Abgeordnete der profranzösischen syrischen Regierung erschienen, um unter folgenden Bedingungen einen Waffenstillstand einzugehen: 1. Souveränität Syriens mit der Einigung, daß Frankreich in Wirtschaftsfragen das Vorzugsvorrecht erhält. 2. Wiederherstellung Syriens mit gleichzeitiger Schaffung eines Ausgangshafens nach der See. 3. Eine neue Währung, welche auf dem französischen Goldfranken basiert. 4. Eine syrische Verbündung im Völkerbund. 5. Allmähliche Zurücknahme der französischen Truppen. De Jouenel hat auf diese Forderungen ebenfalls geantwortet und dem Sultan Attash kurz und bündig fragen lassen, ob er bereit sei, seine Banden zu zerstreuen. Andernfalls soll der Krieg von französischer Seite fortgesetzt werden.

Die Nürnberger stehen zu ihrem republikanischen Oberbürgermeister. Der Nürnberger Stadtrat beschäftigte sich am Mittwoch nachmittag mit der Amtseinführung des Oberbürgermeisters Dr. Luppe. Zu Beginn der Sitzung gab der Nationalist Streicher eine Erklärung ab, daß er den Kampf gegen das System Luppe aufrechterhalte. Demgegenüber verwies Bürgermeister Treu darauf, daß weite Kreise der Bürgerschaft und die meisten Mitglieder des Stadtrates das Treiben gegen den Oberbürgermeister bedauern, durch das lediglich die Interessen der Stadt geschädigt werden. Daraufhin wurde ein Antrag des Altestenclubs mit allen gegen 9 Stimmen der Nationalisten und der Mittelpunktler angenommen. Danach soll an den Präsidienten des Oberlandesgerichts Nürnberg und an den ersten Staatsanwalt das dringende Gesuchen gerichtet werden, ihren Einfluß geltend zu machen, damit das Verfahren gegen Dr. Luppe im Interesse der Stadt so schnell wie möglich zur Durchführung gelangt. Bürgermeister Treu gab seiner Verantwortung darüber Ausdruck, daß der Oberbürgermeister auch heute noch weder von der Staatsanwaltschaft noch vom Untersuchungsrichter über das gegen ihn eingeleitete Verfahren unterrichtet worden ist. Dabei ist die entsprechende Mitteilung an den Regierungspräsidenten von Mittwochabend bereits am 30. Dezember ergangen.

Er geleitete Mannister in einen prunkvoll eingerichteten Salon und verschwand. Mannister blieb aufmerksam um. Was diese Menschen alles zum Leben brauchten! Seidene Möbel, summtweiche Teppiche, Bilder an den Wänden. Er dachte an die elende Hütte im ewigen Eis, die ihm und seine Geschätzte beherbergte hatte, an das harte Leben voller Arbeit und Entbehrungen, und etwas wie Ekel kam ihm an vor diesen Leuten, die nichts anderes kannten als Luxus und Schaggen.

Leichte Schritte nahmen der Tür. Mannister wandte sich um. Eine schwule, junge Frau trat ein, streckte ihm die Hände entgegen: „Mein lieber Fred!“

Mannister blieb einen Augenblick in das Kühne, junge Gesicht; dann rief er lachend: „Ethel! Ich erkannte dich nicht. Du warst ja noch ein kleines Mädchen, als ich die Reise unternahm.“

Die schöne Frau lächelte. „Über lieber Fred, ich bin doch nicht Ethel. Kennst du denn deine Tante Della nicht mehr?“

Mannister starrte sie verblüfft an. Tante Della, Onkel Brights Frau? Die war doch mindestens fünfundfünfzig Jahre alt und vor ihm stand eine Frau, die aussah wie ein achtzehnjähriges Mädchen. „Tante Della“, kammele er verwirrt.

„Ja, ja, ich bin es wirklich.“

„Ach, da er ja genauer betrachtete, erkannte er auch die hellen, blauen Augen, die er in seiner Kindheit so sehr gefürchtet hatte, den kleinen Mund, der jetzt so hochmütig gewesen war.“

Franz Brights köpfelndes Gesicht wurde ernst. Sie sah ihn: „Mein armer Junge! Ich muß dir leider ein traurige Nachricht mitteilen.“

Mannister fuhr zusammen, fühlte unwillkürlich, daß er diese Worte erwartet habe.

„Mein Vater ...“

Er nickte, fand nicht den Mut, den Sak zu beenden.

Franz Bright zog ihr spiegelbesticktes Taffetaschentuch hervor und wischte sich die Augen.

„Sei tapfer, Fred, mache dich auf Schlimmes

Das slowakische Problem

schwert der vlg-Korrespondent der „R. Zürcher Zeitung“, einer der höchsten Darsteller osteuropäischer Nationalitätenprobleme, in einem Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Sprachlich ist das Verhältnis der Tschechen zu den Slowaken mit jenem der Dänen zu den Norwegern, der Letten zu den Litauern oder der Deutschen zu den Holländern vergleichbar. Die Differenzen lassen sich folgendermaßen umgrenzen: Das tschechische Volk ist eine Enklave der deutschen Nation und war bisher der deutschen Expansion nach Osten ausgesetzt; die Wirtschaft ist intensiv und der Überbau des Landvolkes geht zur Industrie über; die Tschechen sind eine bewusste westslawische Nation der Ebene, deren Geschichte eng mit Deutschland und Österreich zusammenhängt. Das slowakische Volk liegt zwischen Tschechen und Polen, Ruthenen und Ungarn und war bisher der magyarischen Expansion innerhalb Ungarns ausgesetzt. Die Wirtschaft ist extensiv und der Überbau des Landvolkes wandert aus. Die Slowaken sind eine noch nicht zum vollen nationalen Bewußtsein erwachtes östslawisches Volk der Berge, dessen Geschichte eng mit Ungarn zusammenhängt. In der Donaumonarchie waren die Tschechen Industrielle und Handwerker, Bauern und Löhner, mittlere und kleinere Beamte; die Slowaken Kleinbauern und Häusler, Korbblecher und Rastellbinder. Bei dieser sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage der beiden verwandten Stämme konnte der neue Staatsgebilde nur an der Grenze im Geiste eines Mannes entstehen, der von Gebüll Slowak und nach Bildung Tscheche war. Dieser Mann der Grenze ist Mašanj; denn seine Eltern stammten aus dem slowakischen Kopanec, während er in Göding in Mähren geboren wurde.

Was ist also der Tschechoslowak? Vorläufig nur ein Begriff mit politischen und kulturellen Zwecken. Durch die Zusammensetzung der beiden Völker zum Staatsvolk entstand ein Staat, dessen westliche Reichshälfte zu Mitteleuropa und dessen östliche Reichshälfte zu Osteuropa gehört, gleichzeitig aber auch eine nationale Mehrheit, denn bei einer Trennung beider Völker wären die Tschechen in ihrem Nationalitätsideal fast in der Minorität; kulturell soll der Westen die östliche Reichshälfte an Mitteleuropa binden, der Tscheche den Slowaken erreichen und somit zu einer einzigen Nation verschmelzen. Die Vereinigungen kann aber natürlich nicht darin bestehen, daß den Tschechen eine andere Bevorzugung unterlegt wird, sondern daß die Slowaken ein tschechisches Bewußtsein erhalten. Diese Erziehung erfolgt durch Lehrer und Professoren, Polizei und Beamte. Infolge der Flüggarbeit durch die ungarische Schulpolitik, die den Slowaken nur einige Volkschulklassen ließ, fehlen dem angesprochenen Volk gerade diese Berufe. Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie sind aus der Slowakei etwa 100 000 Ungarn abgewandert, hingegen 200 000 Tschechen eingewandert und die Vereinigung des slowakischen Volkes mit der tschechischen Nation läuft vorläufig praktisch auf eine Abschaffung der Slowaken hinaus. Dafür einige Beispiele: das Stadttheater in Preßburg zeigt tolerant eine slowakische, ungarische und deutsche Aufführung, aber es wird tschechisch gespielt; die Komensky-Universität in Preßburg ist slowakisch, aber die Professoren sind fast ausschließlich Tschechen; die Schulen sind slowakisch, aber die Lehrer sind meist Tschechen; die Umsprache ist slowakisch, aber der Beamte ist ein Tscheche; Eisenbahn, Gendarmerie und Polizei sind ausschließlich in tschechischen Händen. Die Slowaken bestehen aus zwei Gruppen: Regierungsslowaken unter Führung Hodas und oppositionelle nationalen Slowaken unter Führung Hodas. Da außerdem noch Magyaren und Deutsche in größerer Zahl die Slowakei bewohnen, ist die tschechische Politik in der östlichen Reichshälfte eine Nachahmung der altoberösterreichischen Politik, die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander auszupielen. Während in den Sudetenländern die Politik völlig erstarbt ist und der Stellungskrieg eine dauernde Lösung nur durch einen deutsch-tschechischen Ausgleich erfahren kann, befindet sich die Politik in der östlichen Reichshälfte in lebhafter Entwicklung, wobei die Auseinandersetzung keinen Endes nur durch eine gewisse Autonomie abgeschlossen werden kann.

Die staatsrechtliche Verbindung zwischen Tschechen und Slowaken geht auf die Auslandaktion während des Weltkrieges zurück. Mataře finanzierte seine diplomatische Tätigkeit mit den Geldern der slowakischen Emigranten in Amerika, sicherte während seines Aufenthalts in Russland die Zusammenarbeit der dortigen tschechischen und slowakischen Organisation und förderte während seines Besuchs in Amerika am 30. Mai 1918 die tschechoslowakische Vereinigung zu Pittsburg. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Vorstände der slowakischen und tschechischen Organisation in den Vereinigten Staaten, der slowakischen Liga, der tschechischen nationalen Vereinigung und des Verbandes der tschechischen Katholiken haben in Anwesenheit des Vorsitzenden des tschechoslowakischen Nationalrates, Prof. Mašanj, über die tschechoslowakische Frage und über unsere bisherigen programmatischen Kundgebungen beraten und folgende Beschlüsse gefasst: Wir stimmen dem politischen Programm zu, das die Vereinigung der Tschechen und Slowaken in einem selbständigen Staat aus den böhmischen Ländern und der Slowakei anstrebt. Die Slowakei wird ihre eigene Verwaltung, ihren Landtag und ihre Gerichte haben. Die slowakische Sprache wird die Umsprache in der Schule, im Amt und im öffentlichen Leben überhaupt sein. Der tschechoslowakische Staat wird eine Republik mit demokratischer Verfassung sein. Die organisiatorische Zusammenarbeit der Tschechen und Slowaken in den Vereinigten Staaten wird nach Bedarf und je nach der Lage im gegenwärtigen Einverständnis umgestellt und eingerichtet. Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung des tschechoslowakischen Staates werden den befreiten Tschechen und Slowaken und ihren rechtsfähigen Vertretern überlassen.“

In der Auslegung bestehen grobe Unterschiede. Die oppositionellen Slowaken sehen im Vertrag die Sicherung einer Autonomie, die nach ihrer Auslegung bis heute nicht durchgeführt ist; die Tschechen und die Regierungsslowaken sehen den Vertrag durch Errichtung eines eigenen Ministeriums für die Slowakei

mit dem Sitz in Preßburg, die Regelung der Sprachenfrage und die neue Gemeindebildung als erfüllt an.

Welche Lösung wird die slowakische Frage erfahren? Diese Frage ist durchaus innerpolitisch Natur, da alle Slowaken den Staat beitreten und nur Konflikte über den inneren Zustand bestehen. Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder es gelingt den Tschechen, einige Burgenlinien ihres Volksstums in die slowakische Erde zu verlegen und die noch gebundenen Kräfte dieses Berglands für sich zu erschließen, so daß tatsächlich die tschechisch-slowakische Nation entsteht; oder der Versuch mischling, da sich die Slowaken ähnlich wie alle östslawischen Stämme erst im Laufe dieses Jahrhunderts zu einer bewußten Nation entwickeln, so daß im jungen Staat, einer neuen östlichen Schweiz, schließlich drei verschiedene Nationen — Tschechen, Slowaken und Sudetendeutsche — nebeneinander leben. Die Entscheidung fällt erst in zehn Jahren, wenn sich herausstellen wird, ob die Slowaken eine breite Schicht der Intelligenz bilden, die sie zur Autonomie und Selbstverwaltung im Rahmen eines federalen Staates befähigt. Die Regierung stellt sich in ihrem weitblickigen Investitionsprogramm des Jahr 1920 als Ziel des materiellen Aufbaus der Slowakei, aber gleichzeitig dirkt sie am Ende dieses Jahrzehnts die Entscheidung über die nationale Emanzipation der Slowaken fallen. Sie kann durch solche politischen Ereignisse beschleunigt oder verzögert werden, die zu einer Veränderung der Beamtenpolitik und Schulverwaltung führen, die freilich gegenüber dem alten Ungarn bedeutende Fortschritte zu verzeichnen haben. Denn die Befreiung der Slowakei von Ungarn und ihre Vereinigung mit den böhmischen Ländern bedeuten einen großen Erfolg der Kultur und Zivilisation an der Donau!

Die Luftfahrtverhandlungen.

Paris, 7. Januar. (Sig. Drahtber.) Die kurz vor Weihnachten unterbrochenen deutsch-französischen Luftfahrt-Verhandlungen werden am Donnerstag in Paris wieder aufgenommen. Die deutschen Unterhändler, die am Mittwoch hier eingetroffen sind, werden im Laufe des Vormittags eine neue Begegnung mit dem französischen Sachverständigen haben. Die Verhandlungen haben ein doppelles Ziel, einerseits ein deutsch-französisches Abkommen zur Regelung der Luftbeziehungen zu den beiden Ländern, darunter das Recht zum Überfliegen der beiden Höhenräume sowie die Herstellung eines regelmäßigen deutsch-französischen Luftdienstes. Parallel dazu werden Verhandlungen mit der Postaer Konferenz geführt, um eine Aufhebung der Beschränkungen Deutschlands im Flugzeug- und Luftpostbau zu erreichen.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 6. Januar.

Der Laststetzer betrug: 975 Rinder, 2245 Schweine, 1145 Kalber, 370 Schafe. Überstand vom vorigen Markt waren: 100 Rinder, — Schweine, — Kalber, — Schafe.

I. Kinder.

	Es wurde gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht:
A. Rinder:	
a. vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwerte, die noch nicht gezeugt haben (ungejäost)	Mark 45-48
b. vollfleischige, ausgemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren	39-44
c. junge Hälftige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	32-38
d. endgültig genässtige junge, gut genährte ältere	24-30
B. Bullen:	
a. vollfleischige, ausgemästete, höchste Schlachtwerte	50-53
b. vollfleischige Jüngste	44-49
c. mäßig genährte junge und gut genährte ältere	40-43
C. Kalben und Kühe:	
a. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchste Schlachtwerte bis zu 7 Jahren	47-53
b. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchste Schlachtwerte bis zu 7 Jahren	40-45
c. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte Jungeskühe und Kalben	32-39
d. mäßig genährte Kühe und Kalben	25-30
e. gering genährte Kühe und Kalben	18-24
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser):	—

II. Kalber.

a. Doppelende feinstes Fett.	—
b. feinstes Fettfänger	70-73
c. mittleres Fett und gute Saugfänger	60-69
d. geringeres Fett und gute Saugfänger	54-59

III. Schafe.

A. Stalmautlaßate:	48-52
b. Mahrammel und jüngere Mahrammel	48-47
c. ältere Mahrammel und Schafe (Mutterkühe):	20-39

B. Weidemautlaßate:

a. Mahrammel	—
b. geringeres Lämmer und Schafe	—

IV. Schweine.

a. Geißschweine über 150 kg (3 Jentner) Lebendgewicht	87-89
b. vollfleischige Schweine über 120-150 kg (240-300 Pf.)	85-86
c. " " 100-120 kg (200-240 Pf.)	83-84
d. " " 80-100 kg (160-200 Pf.)	80-82
e. Sauen und geschlachte Eber	70-80
Geschäftsang. Rinder und Schafe gut, sonst mittel.	
Die Spanne zwischen Stal- und Weidemautlaßate wird maßgeblich durch die noblen Händlerpreise für Frische, Marke, Futter und Versicherungsgebühren, Umzugsfahr und bezgl. sowie durch den unvermeidlichen Gewichtsverlust vom Stall zum Markt.	
Ausfuhr nach Überseeländern:	187 Rinder, 116 Schweine, 21 Kalber, — Schafe
Mittel u. Niederösterl.: 38 126 2 —	
Sachsen: 49 14 —	
Westdeutschland: 68 — —	
Süddeutschland: — — —	
Berlin: — — —	
Umschau nach anderen Plätzen: — 24 —	
Umschau nach anderen Plätzen: — — —	
Umschau nach anderen Plätzen: — — —	

Übersicht nach Überseeländern:

Mittel u. Niederösterl.: 38 126 2 —

Sachsen: 49 14 —

Westdeutschland: 68 — —

Süddeutschland: — — —

Berlin: — — —

Umschau nach anderen Plätzen: — — —

Umsch

Zentralverband d. Maschinisten u. Heizer
sowie Bergarbeiter.

Am 4. Januar, abends 7 Uhr, verstarb nach
kurzen Leidet unser Freund und Verbandskollege

Heinrich Simon

im Alter von 59 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Geschäftsstelle Breslau.

Beerdigung: Donnerstag, 7. Jan., nachm. 21 Uhr,

von der Leichenhalle in Cosel (Sankt Paulus) aus.

Amt 3. Januar 1926 verschied plötzlich unser
Kollege, der Maschinenarbeiter

Heinrich Simon

im Alter von 59 Jahren.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Meister und Kollegen der

Abteil. Kl. Linke-Hoffmann-Lauthammer Werke

Beerdigung: Donnerstag, den 7. Januar, nach-

mittag 21 Uhr von der Leichenhalle des St. Paulius-

Friedhofes in Cosel 10089

Am 5. Januar verschied nach langem Leiden
im Alter von 64 Jahren unser langjähriges Mitglied,
der Krankenkassen-Angestellte 2017

Karl Reimann.

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Beerdigung: Freitag, 6. Jan., nachm. 3½ Uhr,
von der Leichenhalle St. Bernhardin in Döllgoy aus
Tauerhaus: Alexanderstr. 12. Distrikt 25.

Zur Kassenpraxis bei sämtlichen Kranken-

kassen zugelassen.

Dr. med. Franz Wiener

Facharzt für Chirurgie

Tauentzienplatz 7 8029

Sprechstunden: 11-12 Uhr, 4-5 Uhr.

Statt Karten!

Für die wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme sowie
für die zahlreichen schönen Kranzspenden bei dem so plötzlichen
Heimgange meines lieben Gatten und Vaters, des Hoteliers

Wilhelm Gleiss

sprechen wir hiermit allen lieben Verwandten, Freunden und Gästen,
sowie dem Wirt und Mitbewohnern des Hauses Trebnitzer Platz 1,
dem Verband der Gastwirte von Breslau und Umgegend, der
1. Breslauer Lichteltischgesellschaft, dem B. R. V. „Sport“, dem Alten
Turnverein III. Abteilung, dem L. V. „Letzte Niete“ und allen, welche
von nah und fern dem Verstorbenen in so überaus zahlreicher
Weise das letzte Geleit zur ewigen Ruhe gegeben haben, unseren
tiegefühltesten Dank aus.

Breslau, im Januar 1926

Elise Gleiss geb. Kunert
Günter Gleiss.

10

Ein Wort an die

Buchkarten-Buchbezieher

und an alle, die es noch nicht sind!

Die Nachfrage nach Coryns Buch „Der Pfaffenspiegel“ war außerordentlich. Nicht weniger als eintausend Exemplare verkauften wir in den letzten Jahren. Noch hält die Nachfrage unvermindert an. Die Vorzugseditionen zum Preis von 2 Mark sind jedoch endgültig vergriffen. Wir ersahen aber aus der überaus starken Nachfrage, wie groß das Verlangen nach Aufklärung in der klassenbewußten Arbeiterschaft ist. Das veranlaßte uns ein neues, weit aus umfangreicheres Werk zu besorgen. Es ist dies Emil Rosenow's „Wider die Pfaffenherrschaft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, 2 Bände. Das Werk ist bereit im Buchhandel vergriffen. Die Restauflage (in unserem Besitz) können wir jedoch am parteipolitisch und gewerkschaftlich organisierte zum billigen Preis von 9 Mark, statt bisher 20 Mark, abgeben. Emil Rosenow's Absicht war es, in ebenso populärer wie interessanter und dabei doch gründlicher Form einen wichtigen Abschnitt aus der Kulturgeschichte der Völker zu schildern und damit die Kenntnis des geschichtlichen Werdegangs der menschlichen Gesellschaft unter den Arbeitern zu verbreiten und zu vertiefen. Um den Leser noch besser in den Geist dieser Kulturstände einzuführen, sind Hunderte von lehrreichen und interessanten Meisterwerken der Künstler jener Zeiten, wie Porträts, Städteansichten, Flugblätter, Textilien usw. in originalgetreuen Wiedergaben zur Illustration beigelegt. Wir lassen noch die Inhaltsangabe folgen, um weiter zu zeigen, wie besonders wertvoll gerade dieses Werk ist.

Erster Teil:

1. Eine zusammenfassende Welt
2. Von der Revolution zur Welt-Herrschaft.
3. Bei den Persien der Armei.
4. Vor den Hellenen, den Horden und den Romanen.
5. Weltherrscher, Zivilisat. und Begegnung.
6. Erich mit den Armen Dein Brust.
7. Die Kritik der Platon.
8. Panorama der Pfaffenkultur.

Zweiter Teil:

9. Die Sklaven und die Schweren.
10. Das Erwachen des Geistes.
11. Der Ausgangspunkt der Reformations.
12. Der Mensch, der Papst und der Kaiser.
13. Im Vorabend der Revolution.
14. Die schwäbisch - fränkische Bauernrevolution.
15. Die schlesisch - sächsische Bauernrevolution.
16. Das Ende des Bauernkrieges.
17. Der Untergang des mittelalterlichen Romantismus.
18. Kirchenreform und Reformation - Brennungen in der Schweiz.

Dritter Teil:

19. Die Zerstörung des Protestantismus.
20. Die Gesellschaft Jesu.
21. Der Religionskrieg.
22. Die Hexenprozeß.
23. Die Wurzeln des dreißigjährigen Krieges.
24. Der Dreißigjährige Krieg.
25. Die Gustav Adolf-Legende.
26. Deutschland nach den großen Kriegen.
27. Rückblick und Fazit.

Durch die von uns eingeführte Buchkarte ist jedermann in der Lage, sich dieses bedeutende Werk anzuschaffen, da er in Wocheabrechnen von nur 50 Pf. bezahlen kann. Die Buchkarte gilt jedoch nur für hiesige politisch und gewerkschaftlich organisierte.

Volkswacht-Buchhandlung

Breslau 15, Rose Gräfenstraße 5.

21 Tage verlängert!

INVENTUR
AUSVERKAUF

Durch den enormen Andrang während der Ausverkaufstage
war es einem großen Teil unserer werten Kunden nicht möglich,
ihren Bedarf zu decken und verlängern wir folgedessen den

Inventur - Ausverkauf

bis Sonnabend, den 9. Januar

Beachten Sie die außergewöhnlich billigen Preise
in unseren 11 Schaufenster-Auslagen

Goldstein & Rettig

Inh.: Richard Pohl — Max Menzel

Hintermarkt 2/3
Schuhbrücke 74a



gegenüber der
Magdalenenkirche

Vom 11. Januar 1926 ab ist die
Kirchensteuer
der Wohn- und Gehaltsempfänger des ganzen
Finanzamtsbezirks an die Finanzkasse Breslau-Süd,
Dominikanerplatz 6, Reichsbankgirokonto,
Postcheckkonto 42 000, zu zahlen.
Finanzamt Breslau-Süd.

„Flamme“
Verein f. Feuerbestattung e.V. Breslau

(Geschäftsstelle: Junkernstraße 1).

Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr,
im Saale der Matthiaskunst:

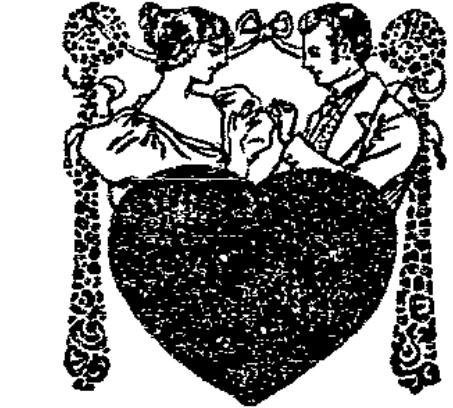
Öffentl. Vorfrag

des Herrn Pfarrer Dr. Alfred Just.

„Die evangelische Kirche
und die Feuerbestattung!“

Einsatz 7½ Uhr. Beginn 8 Uhr.

Unkostenbeitrag 50 Pf.



Brautleute wollt ihr glücklich sein,
kauft Trauringe nur bei Alter ein.

Eugeniose goldene Trauringe

Platzen dieser Ringe ausgeschlossen.
Konkurrenzlos billige Preise.

Gravieren gratis. 1000 Pf.

Paul Alter, Kupferschmiede-
straße 17. Nähe Schmiedebrücke, neben Hilt-Schmied.

Stenographie-
Anfänger-Kurse

in Bremen und Berlin

in der Deutschen Volks-Kar-

schaff, System „Arends“.

Beginn: 2018

Donnerstag, den 7. Januar u.
Freitag, den 8. Januar, abends
7 Uhr, im Zwinger-Gymnasium.

Teilnahmegebühr einschließ-

lich Lehrmittel nur 3 Mark

Stenographie-System „Arends“

Ortsgruppe Bremen.

Auktion

12. Januar

Volks-Leibhause

Weikenburgerpl. 7

Schnäppchen, 2-10 Pf.

Lippstadt, Heimatstr. 16.

Wandstek

W



Sozialdemokratische Partei
Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephone: Ohle 5652.

District 10. Morgen abend 7 Uhr findet bei Verkehrs, Hubenstraße 25, eine außerordentliche Funktionseröffnung statt. Sämtliche Funktionäre haben unbedingt zu erscheinen.

District 12. Freitag, den 8. Januar, abends 7½ Uhr, wichtige Funktionärsversammlung bei Weiß, Friedrich-Karl-Strasse 26. Erscheinen ist unbedingt Pflicht. Die Kassiererkarten sind mitzubringen.

Funktionsärt. Wir beginnen Dienstag, den 12. Januar, mit einer Reihe von politischen Aussprachen-Abenden. Die Zusammenkünfte sind im Gewerkschaftshaus.

Jugendsozialisten (Jüngere Gruppe). Unsere nächste Zusammenkunft ist bestimmt Montag, den 11. Januar, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 25. Wir beginnen mit einer neuen Arbeitsgemeinschaft: „Die Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert“. Gäste willkommen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. Januar.

Die Stadt im deutschen Straßennetz.

Durch die gewaltige Entwicklung des Kraftfahrwesens stehen wir im Beginn einer neuen Verkehrsepoke in Deutschland. Die neue Verkehrsentwicklung hat über eine doppelte Voraussetzung. Sie verlangt geeignete Verkehrsstraßen. Zu diesem Zweck hat der Deutsche Straßenbauverband in Braunschweig eine Straßenbau-Versuchstraße angelegt, über die bis jetzt bereits 550 000 Tonnen gefahren sind. Das Fahren der Bahn soll auch in nächsten Jahren ohne Unterbrechung fortgesetzt werden, damit sodann das endgültige Ergebnis vom Straßenbauverbande veröffentlicht werden kann. Sodann soll die neue Verkehrsentwicklung aber auch die planmäßige Schaffung eines Verkehrsnetzes in Deutschland voraus. Wir sind in dieser Beziehung noch sehr weit im Rückstande. Ein bunter Durcheinander besteht im Straßenbauwesen Deutschlands. Die Breite der Straßen, die Längs- und Quergänge, die Krümmungen wie die allgemeine Linienführung sind ganz verschieden, während die beginnende neue Verkehrsentwicklung unbedingt Einheitlichkeit in ganz Deutschland verlangt. Die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau hat nach der Richtung einer derartigen einheitlichen Gestaltung auch bereits gearbeitet. Die Einheitlichkeit in der Anlage der Verkehrsstraßen und das Fehlen einer einheitlichen Verkehrsgestaltung und eines einheitlichen Verkehrsnetzes hängt zusammen mit der politischen Gestaltung Deutschlands in verschiedenen Provinzen, denen die Straßenbauverwaltung zugeordnet ist. Ohne daß in die Selbständigkeit der Länder eingegriffen zu werden braucht, ist eine gewisse reichsgerichtliche Festlegung von Richtlinien erforderlich, wenn die Voraussetzung zu einer planmäßigen neuen Gestaltung des Verkehrs in Deutschland gegeben sein soll. Eine derartige reichsgerichtliche Regelung in den Richtlinien wird vom Deutschen Straßenbauverbande wie von der Studiengesellschaft für Automobilstraßen erstellt.

Die aber an einheitliche Vorschriften und Richtlinien für Deutschland heranziegen werden kann, muß festgestellt werden, welche der bestehenden Staats-, Provinzial- und sonstigen Straßen als Hauptdurchgangsstraßen für den Kraftwagenverkehr angesehen und dementsprechend einheitlich zu unterhalten und auszubauen sind. Der Deutsche Straßenbauverband hat unter Berücksichtigung der bisherigen Verkehrszählungen für die einzelnen Bezirke ein Hauptverkehrsnetz aufstellen lassen und den Ministerialrat Dr.-Ing. Speck-Dresden mit der Zusammenstellung der Ergebnisse zu einer Reichskarte beauftragt, die Dr. Speck jetzt in der Verkehrssektion bekanntigt.

Diese Zusammenstellung zeigt, wie sehr wir noch von der Vorortsektion entfernt sind, auf die der kommende deutsche Straßenverkehr zwischen den Städten wartet. Manche Straßenbauverwaltungen haben sich nicht einmal über die Auswahl der Straßen verständigen können. In den Grenzen der Verwaltungsbereiche bestehen vielfach noch Unstimmigkeiten. In manchen Landesteilen fehlen noch Verbindungsstraßen, so besonders in den Provinzen Westfalen und Hessen-Nassau die West-Ost-Verbindungen. Zum Teil sind auf der Karte noch die alten geschichtlichen Hauptverkehrsstraßen zu erkennen, so zum Beispiel die urale Wegeverbindung aus England und Polen über Breslau und Görlitz nach Leipzig. Doch ist ihre weltliche Fortsetzung nach Niedersachsen als durchgehender Straßenzug verschwunden.

Charakteristisch ist das Straßennetz im Umkreise der meisten Großstädte. Von ihnen gehen die Straßen strahlenförmig in das Land hinein. Es ist das gleiche Bild, das die Eisenbahnen bieten. Es wäre aber falsch, so schreibt Ministerialrat Dr. Speck hierzu, aus dieser Verkehrsart zu schließen, daß es sich beim Kraftverkehr um die gleichen Reisetrecken handle wie beim Bahnhofverkehr. Vielmehr kommt, so sagt er, auf den Hauptdurchgangsstraßen, wie die leichten südlichen Zählungen ergeben haben, im wesentlichen ein reger Verkehr zwischen den nächstliegenden größeren Städten in Frage und, zurzeit wenigstens, nur in geringem Maße ein eigentlicher Fernverkehr. Dieser ist sogar zu einem gewissen Teile, soweit ihm die Schnelligkeit der Eisenbahn nicht genügt, schon jetzt auf den Luftverkehr übergegangen. Der Durchgangsverkehr für Posten steht, so schreibt Dr. Speck, erst im Anfange der Entwicklung. Immerhin bestehen z. B. zwischen Dresden und Leipzig, zwischen Hamburg und dem Süden und dergleichen für größere Entferungen solche Verbindungen. Lastenauto vermittelst ohne Zwischenauftankung nur den Lastenverkehr dieser Städte.

In manchen Bezirken, den Gebirgsgegenden, finden wir ein im Verhältnis zum Flachlande dichtes Verkehrsnetz vor, so im Harz und in Thüringen. Dieses dichte Verkehrsnetz hat seine Ursache in dem Ausflugsverkehr dieser Bezirke.

Im Reichsdurchschnitt entfallen nach der der Karte befreigten Statistik auf 100 Quadratkilometer 6,2 Kilometer Straßen. Auf 10 000 Einwohner (ohne Berlin) entfallen an Straßen 4,9 Kilometer. Inwieweit die Dichte des Verkehrsnetzes jedoch der Verkehrsstärke in den verschiedenen Landesteilen entspricht, wird erst die Bearbeitung der Verkehrszählung lehren können, die am 30. September dieses Jahres abgeschlossen ist.

Deshalb hat die interessante Karte des Deutschen Straßenbauverbandes nur provisorischen Charakter. Aber sie macht uns auf die großen Mängel in unserer Verkehrsgestaltung aufmerksam. Sie zeigt uns das dringende Erfordernis einer einheitlichen Verkehrsgestaltung und die Notwendigkeit einer Planung möglichst in der Verbindung von Stadt zu Stadt. Aber die Karte zeigt auch, abgesehen von diesen großen Verbindungslinien zwischen Stadt und Stadt, allen Kreisen und Gemeinden die moderne Aufgabe, ihre Verkehrsleitung in das große deutsche Hauptverkehrsnetz einzufügen und überall den Anschluß an das Interesse einer planmäßigen Verbindung zwischen Stadt und Land herzustellen.

Promenadenverschönerung im Winter.

Die Eisbahn ist nach kurzer Herrlichkeit auch zerstört, leicht und trübe ist das Stadtbogenwasser, kein Karpen zeigt sich an seiner Oberfläche. Sind doch die meisten Karpfen des Stadtbogens als Weihnachtsgericht verwandelt worden und die nächsten Karpfen wird man erst im Frühjahr wieder aussehen. Augenblicklich sind zahlreiche Städte damit beschäftigt, die Bäume des Stadtbogens zu stützen und zu verschneiden, ja

ganze Wege abzusägen, soweit sie überhängen, also verkehrs-hindern und unschön wirken.

Am Nikolaistadtbogen ragen an verschiedenen Stellen einzelne Wege Straßenwärts, auch bis an die Oberleitung der elektrischen Straßenbahn. Die Gartenbauverwaltung hat angeordnet, auch diese Wege zu schneiden, doch ist diese Arbeit indes nicht ganz einfach, wenn man die Gefahr in Betracht zieht, die jedim droht, der dem oberen Draht zu nahe kommt. Die Promenadenarbeiter haben keine isolierten Leitern, sind also bei diesen Arbeiten einer direkten Lebensgefahr ausgesetzt. Bleibt nur übrig, diese Arbeiten in der Nacht vorzunehmen, wenn die Oberleitung keinen Strom hat und das ist die Zeit von 2 bis 4 Uhr. Es bleiben also hier nur zwei Möglichkeiten: Entweder Holzleiter oder Nacharbeit. Vielleicht entscheidet sich die Gartenbauverwaltung im Interesse ihrer Arbeiter für das eine oder andere.

Auch die Böschungen werden durch Neubeschüttung und Bepflanzung instand gehalten und für das Frühjahr hergerichtet. Die Kostenfrage am Stadtbogen hat sich wesentlich vermindert, seitdem man diesen nötigen Verlusten der Böschungen systematisch durch Bergosen der Rattenfänge und Löcher zuleide gegangen ist. Eine große Anzahl Ratten wurden übrigens fürstlich bei Erdarbeiten am alten Dominikanergrundstück aufgestellt. Hier wird wohl also ein befriedeter Feldzug gegen die Ratten notwendig sein, da unter den dortigen Pfosten viele Nestern festgestellt wurden. Der Böschung wird kreuzweise mit Bäumen besetzt, in die Mitte kommt ein Spielplatz, so daß in Zukunft wohl kein Jäger mehr hier seine Zelte aufschlagen wird.

Der Spielplatz steht an einigen Stellen auch schon recht unheimlich aus, so daß Sand-Ausschüttungen notwendig wären. Wer wird denn hier das Notwendige verantwenden, die Stadt oder der Militärfiskus? Am besten wäre es wohl, wenn der Platz überhaupt in den Besitz der Stadt käme.

Die neue Großmacht.

Am Freitag, den 8. und Samstag, den 10. Januar, von nachmittags 4—6 Uhr läuft der Kinofilm der 1. internationale Arbeiterolympiade zu Frankfurt am Main im Gewerkschaftshaus. Jedes Mitglied eines Arbeitersportvereins, vom Kind bis zum alten Herrn, muß diesen gewaltigen Film gesehen haben. Der Film zeigt uns so recht, welche ungeheure Kräfte in der Arbeiterbewegung schlummern. Sie zu weden und für die Befreiung der Arbeiterklasse einzusehen, muß die höchste Aufgabe eines jeden Mitgliedes sein.

Geradezu eine Fundgrube ist der Film in technischer Beziehung. Hochinteressantes Material ist in ihm zu entdecken. Jede Schule, jeder Arzt, überhaupt jeder Mensch, welcher etwas ganz neues für sein weiteres Leben mit auf den Weg rechnen will, muß den Film gesehen haben.

Am Freitag von 4—6 Uhr ist für alle Erwerbslosen und deren Frauen eine weitere Sondervorführung mit Preiserhöhung. Wegen Ausweis zahlt jede Person 30 Pfennig. Um 6 und 8 Uhr sind Vorführungen für Erwachsene. Am Sonntag, den 10. Januar, ist die letzte Kindervorführung von 4—6 Uhr. Eintritt 30 Pfennig. Um 6 und 8 Uhr sind Vorführungen für Erwachsene zu vollstümlichen Preisen. Alle jugendlichen Personen bis zu 16 Jahren, welche einer Gemeinschaft in politischer oder freigewerkschaftlicher Hinsicht angehören, haben Preiserhöhung. Gegen Ausweis zahlen diese Jugendlichen nur 50 Pfennige. Für die jugendlichen Mitglieder der SPD und der Arbeiter-Jugend sind solche Vorführstunden im Büro der Arbeiter-Jugend zu haben. Desgleichen für die Jugendlichen des Reichsbanners. Alle jugendlichen Mitglieder der Arbeitersportvereine erhalten gegen Ausweis an der Kasse dieselbe Preiserhöhung.

Jeder Arbeitersportler kommt mit seinen Angehörigen zum Film „Die neue Großmacht“.

Arbeitskartei für Sport und Körperschule Breslau.

Das Weihnachtsgeschenk der Polizei.

Unter dieser Überschrift bringt ein hiesiges Slandalblättchen einen Artikel, worin ein Dr. E. J. die Schlüpfung zitiert, daß die eingehenden Strafgelder zur Einbesicherung der Schutzpolizei verwandt werden. Dazu wird uns vom Verbande Preußischer Polizeibeamten geschildert:

Man muß sich doch die Folgen klar machen, die daraus entstehen würden, wenn, wie der Artikel schreibt Dr. E. J. annimmt, die eingehenden Strafgelder zu sehr seien, das heißt reichliche Einbesicherungen der Polizeibeamten Verwendung fänden. Da sich in Breslau rund 1700 Polizeibeamte in den Gehaltsgruppen II bis IV befinden, würden sämliche Polizeielemente jede geringste Übertretung zur Anzeige bringen, ja förmliche Jagden nach Übertretern der Polizeiverordnungen veranstalten, um das sehr färgliche Gehalt wenigstens jedes Jahr zu Weihnachten durch eine reichliche Weihnachtsgabe zu erhöhen. Wir würden dann den alten Polizeistaat in Reinlichkeit haben. Die Polizei würde dadurch ihren Zweck verzehlen. Aber gerade das Gegenteil strebt die Polizeibeamtenhaft an. Sie will nicht die rächende Nemesis sein, sondern sie will und muß vorbeugend wirken. Nicht darin erblickt die Polizei ihre Aufgabe, daß sie bei der geringsten Übertretung mit dem Bleistift und dem Notizbuch zur Hand ist, um den Übelstäter zur Anzeige zu bringen, sondern darin, daß sie den Übelstater auf die Übertretung aufmerksam macht und ihn anzeigt, die Sache richtig zu machen. Jeder vernünftige Bürger wird der Aufforderung, den erlassenen Vorschriften nach zu handeln, nachkommen. Ist aber einer darunter, der absolut nicht hören will, dann muß er eben rücksichtslos zur Anzeige gebracht werden. Also Herr Dr. E. J.! Der Polizeistaat in höchster Vollendung wäre die Folge, wenn die Strafgelder zur Besserung der wirtschaftlichen Notlage der Polizeibeamten verwandt würden. Diese Einnahmen ließen in Wirklichkeit der Staatskasse zu und werden nicht zu Einbesicherungen ausgegeben. Die Gelder, die zur Einbesicherung von Kindern der Schupodeamten der unteren Gehaltsgruppen ausgegeben werden, entspringen einer anderen Quelle. Es sind dies Gelder, die aus Überzahlungen von Sport- und Wohltätigkeitsveranstaltungen der Schupodeamten resultieren.

Auf den übrigen Inhalt des Artikels einzugehen, erübrigt sich, denn der diensttuende Polizeielemente hat nicht das Recht, erlassene Gesetze und Polizeiverordnungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin zu prüfen, sondern nur darauf zu achten, daß sie hinreichend befolgt werden. Rächtens aber sollte der Herr Dr. E. J. mit seinen Behauptungen etwas vorsichtiger sein, denn sie sind nicht geeignet, das Vertrauen zwischen Polizei und Volksangehörigen zu fördern.

Generalversammlung des Reichsbanners.

Am 30. Dezember hielt die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ ihre Generalversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses ab. Nach einer Begrüßung durch den Kameraden Legendre, gedachte dieser der im Laufe des Berichtsjahrs verstorbene Toten der Republik und des Ortsvereins im besonderen. Die Anwälten erhoben sich zu Ehren der Toten von ihren Plätzen. Von Gauckstrand, der durch die Kameraden Grete, Magde und Steiner vertreten war, erging darauf der Kamerad Grete das Wort, um in kurzen Rückblick auf die seit der Revolution verflossenen Jahre die Daseinsnotwendigkeit des Reichsbanners

zu beweisen. Seinen Ausführungen schloß sich der Geschäftsrat der Kameraden Funke und Alexander an. In der darauf folgenden Diskussion wurde von den Delegierten der einzelnen Banniere zu den Anträgen Stellung genommen. Hieraus erfolgte Neuwahl des Vorstandes, der bis auf die selbst ausscheidenden Kameraden wiedergewählt wurde und durch die Hinzuwahl von vier Kameraden eine Erweiterung auf neun Vertreter erfuhr. Zu der Frage der Zusammensetzung war durch die Versammlung folgende Resolution eingebracht worden:

Die am 30. Dezember 1925 tagende Generalversammlung der Ortsgruppe Breslau des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ betrachtet den geplanten neuen Raubzug der ehemaligen deutschen Fürsten auf die Tafeln des hungrigen und darbenden Volkes als die Taten eines gewaltigen und unchristlichen Verbrechens. Die Kameraden lehnen es auf das Entschiedenste ab, den ehemaligen deutschen Fürsten die ehemaligen Seiten zu bereiten, die diese dem deutschen Volke einstmals versprochen, es aber statt dessen in Kiel und Elend geführt haben. Die nach Tausenden zahlenden Reichsbannerkameraden des Ortsvereins Breslau verlangen von den ehemaligen Vertretern des deutschen Volkes, daß sie jeden Anspruch des fahnenflüchtigen Hohenzollernhauses und der anderen ehemaligen deutschen Fürsten auf das von ihnen zum Teil gerouhte Gut zurückweisen und daß diese Angelegenheit durch Reichsgesetz geregelt wird. Verweigert die jetzige Regierungsmehrheit letzteres, so ist von den republikanischen Volksvertretern dafür Sorge zu tragen, daß über diese verachtete Erpressung am deutschen Volke das Volk durch Volksentscheid selbst seine Freiheit fällt.“

Diese Resolution wurde von den Versammlten einstimmig angenommen. Mit einem „Freiheit!“ schloß der wiedergewählte Kamerad Funke die Versammlung.

Politisches Weihnachtsfest.

Wohl selten hat eine Gerichtsverhandlung eine so vernichtende Beweisaufnahme für den Angeklagten erbracht als am Mittwoch vor dem Großen erweiterten Schöffengericht, wo sich der völkische „Redakteur“ Kurt Herrmann wegen Bekleidung und übler Nachrede zu verantworten hatte. In Bistupitz in Oberschlesien wohnt ein Arbeiter Müller, der sich mit dem Arbeiter Franz Gutmann über Kriegserledigung unverhohlen habe, wobei er wohl auch auf die Juden zu sprechen kamen. Lediglich jährling Müller einen Bericht und überhandigte ihm der „Sächsische Volksstimme“ in Breslau. Ohne die darin gemachten Angaben auf ihre Richtigkeit aufzuprüfen, erschien am 21. August n. J. dort ein Artikel unter der Überschrift: „Ein tapferer jüdischer Frontsoldat“. Dieser Artikel griff das Kaufmann Jakob Gutmann auf aus Bistupitz auf das schwerste an. Es war darin gesagt worden, daß Jakob G. schon 1915, als die anderen Soldaten noch tapfer kämpften, ausgetauscht sei. Er habe es ebenso gemacht wie seine Kameraden. Die Zeitung werde auch noch andere Szenen über ihn bringen, so daß ihm keine schwarzen Lücken zu Berge stehen werden. Jakob Gutmann, dem man den Artikel zu lesen gegeben hatte, stand die dem völkischen Staate eine Beleidigung, daß er von 1915 bis 1918 im Felde gekämpft habe. Diese Beleidigung wurde wohl gebrochen, doch konnte sich der Redakteur nicht enthalten, dazu die Beweisung zu machen, daß hier ein Jude seine Schuldigkeit getan habe. Gegen den Verantwortlichen Herrmann wurde das Verfahren eröffnet. Ein Termin, der bereits vor einiger Zeit in dieser Sache anfiel, wurde zwecks neuer Zeugenladung vertagt. Die Verhandlung am Mittwoch ergab die völlige Haltlosigkeit des Artikels und war ein Beweis mehr dafür, wie man mit allen Mitteln bemüht ist, die jüdischen Münzburger in den Schmutz zu ziehen. Jakob Gutmann hat sich, obwohl er nicht Kriegsdienstpflichtig war, freiwillig 1915 ins Felde gemeldet, nachdem schon beide seiner Brüder an der Front kämpften; einer von diesen ist gefallen. Nachdem die beiden Gewährsmänner des Angeklagten Herrmann völlig verfangen hatten, berührte der Erste Staatsanwalt Staatsanwalt Dr. Müller, mit Rücksicht auf sein Blutdenken, daß es unverantwortlich sei, sich einen soldaten Mann, der seine Pflicht voll und ganz im Kriege getan hat, zur Zielliste des Spottes anzuhüllen. Die Münzburger Mörder, die man einem Menschen machen könne, Heimlichkeit und Fahnenflucht, seien ihm gemacht worden, ohne daß daran auch nur ein Wort wahr sei. Schon lange führt der Hund jüdischer Frontsoldaten einen energischen Kampf gegen die Angiffe der Völkischen und immer wieder hört man diese Belästigungen. Herrmann, als Vertreter der Völkischen, mag mit Freuden nach solchen Nachrichten gerütteln haben, zumal der Zeuge den Mund recht voll nahm. Die Verhandlung hat ergeben, daß die Angaben vor Anfang bis zu Ende unwahr sind. Er beantragte eine Geldstrafe von 300 Mark und Publikation des Urteils in der „Sächsischen Volksstimme“. Rechtsanwalt Hoerder als Vertreter des Nebenklägers Jakob Gutmann verlangte eine höhere Bestrafung für die überaus schweren Beleidigungen, und zwar nicht nur wegen Gutmann, sondern auch zur Warnung für die künftigen Redakteure der „Volksstimme“, die ja betontlich sehr häufig wechseln. Er erinnerte sodann an den Redakteur Müller, der wegen Beleidigung von jüdischen Volksgenossen zu erheblichen Strafen verurteilt wurde und, als diese rechtskräftig wurden, ins Ausland ging. Auch gegen Herrmann schmeicheln noch eine Wenzel Proesse. Er ist aber auch schon längere Zeit nicht mehr bei der „Volksstimme“, sondern in Berlin als Schriftsteller. Wie wir gelegentlich hörten, haben die völkischen Redakteure die Ehre, ihre Straßen selbst zu benennen, da sie der Verlag der „Sächsischen Volksstimme“ darin in Stück läßt. Außerdem bei der Rechtsanwalt den Gerichtshof auch auf Publikation des Urteils im „Schild“ zu erläutern, dem Bundesorgan des Reichsbundes jüdischer Kriegsfeldsoldaten. Während Dr. Müller sahnt Göttsche, als Vertreter des Herrmann, dessen Freilichredung erbat, unter Berücksichtigung der Milderung des Artikels, erklärte der Angeklagte, daß man die Milderung der Beleidigung einem Marine gegenüber, der seine Pflicht getan hat, fernzehlen habe, das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 300 Mark oder 10 Tagen Gefängnis und Bußfikation des Urteils in der „Volksstimme“ und im „Schild“. Der Verteidiger, Landgerichtsrat Dr. Baeckel, betonte in der Urteilsbekündigung, daß das Gericht nun gekannt habe, ob es bei der Schwere der Beleidigung nicht auf Gefängnis erkennen solle. Der einzige Milderungsgrund sei lediglich seine ehrliche Unterordnetheit.

Für ausländische Kriegsopfer

Das Österreichische Komitee teilt mit:

Die Kunstdenkmalförderungskommission für Tirol in Innsbruck sieht anlässlich der Eröffnung des Ausgleichsvertrages gegen die alpenländische Vereinsbank Innsbruck zur Mitteilung vor, daß den hier in Schlesien befindlichen Kriegsopfern, deren Renten über ihren lebenszeitigen Antrag auf Renten der genannten Bank überwiesen wurden, die Möglichkeit offen steht, ihre Forderungen zwecks Wahrung des Stimmbuchs beider für 26. Januar 1926 anberaumten Ausgleichsprüfung beim hiesigen Landgericht einzubringen. Sodann weismöglicher Instruktion und Stempelung der Anmeldung, deren Rückeinbringung jedoch keinen Verlust der Forderung bedingt, ist die vorstige Kommission bereit, bei geprüfter Beleidigung seitens der betreffenden Kriegervereine (Kriegsmitgliedern) die Durchführung der Anmeldung zu übernehmen. Hierzu wird zwecks allgemeiner Bekundung der betroffenen Kriegervereine Mittwoch, den 28. Januar ein gemeinsame Anmeldung, welche unterzeichnet, spätestens am 10. Februar 1926 anher bekannt gegeben werden.

Das Schlesien.

Die Heke gegen die sozialen Bauhütten.

Unter diesem Titel brachten wir am 26. November 1925 einen Artikel, der sich mit merkwürdigen Geschehnissen des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Schlesien gegenüber der Bauhütte beschäftigte.

Zu diesem Artikel, den wir in seinem Umfange hier nicht mehr wiedergeben können, sendet uns ein Herr F. Walter, Rosenthal, seines Zeichens Zimmermeister, eine Berichtigung folgenden Inhalts:

1. Nun ist es, daß der Auftrag deshalb erfolgte, weil die Bauhütte die von Ihnen in dieser Zeitung angegebenen Bedingungen erfüllte, wahr ist indessen, daß derzeit vollkommen bedingungslos die Arbeiten übertragen wurden.

2. Wahr ist weiter, daß die Bauhütte überhaupt erst diese anzösischen Zahlungsbedingungen die Wochen später machte, als sie mit den Bauarbeiten für das erste Wohnhaus bereits im Ergebnis ohne jegliche baupolizeiliche Genehmigung war und zwar nur für den Fall, daß ihr auch der Bau des zweiten Wohnhauses übertragen wurde.

3. Wahr ist weiter, daß ich in dieser Gemeindevertretung zur Vergabe des zweiten Gebäudes vorher von dem Herrn Gemeindevorsteher gefragt wurde, ob ich zu denselben Zahlungsbedingungen den zweiten Bau ausführen würde, was ich höchstverständlich bejahte, aber mit dem Hinweis ablehnte, daß ich als Vertreter der Gemeinde es für unverantwortlich hände, die Gemeinde in eine sohe Schuldenlast zu stützen; die Folge war der Auftrag an die Bauhütte durch die sechs Sozialisten und den Gemeindevorsteher.

4. Unwahr ist, daß die Bauhütte die Häuser bis zur Übergabe zinslos herstellt. Wahr ist, daß dieselbe die Verzinsung des ersten Hauses ab 1. Februar 1926 und die des zweiten Hauses ab 1. März 1926 mit 12 Prozent fordert, dazu die Verpfändung der Hauszinssteuer und noch sonstigen aufzunehmenden Hypotheken verlangt hat, und wenn man berücksichtigt, daß diese Häuser vor 1. Juni oder gar Juli nicht bezogen werden können, so ist demnach die Behauptung unwahr, daß sich die Gemeinde 1300 Mark Zinsen erspart, Wahr ist, daß dieselbe also auf diese Art 900 Mark Zinsen mehr bezahlt.

Zu dieser Berichtigung ist zu bemerken:

1. Der Gemeindevorsteher hat bei der Vergabe der Bauarbeiten an die Bauhütte ihrem Geschäftsführer gegenüber ausdrücklich die Bedingung gestellt, daß die durch das Hauszinssteuer-Darlehen nicht gedeckten Baukosten in Höhe von 17 000 Mark bis zur Übergabe zinslos von der Bauhütte zu stunden sind. Diese Bedingung hat die Bauhütte ohne jede Einschränkung sofort anerkannt.

2. Die Bauhütte hat also nicht, wie von gegnerischer Seite behauptet wird, erst nach erhaltenem Auftrag für das zweite Haus die zinslose Stundung angeboten oder gar dies zur Bedingung gemacht.

3. Wenn in einem Satze von gegnerischer Seite zugleich Bejahung und Abiehnung einer an sie ergangenen Anfrage erfolgt, so ist für jeden denkenden Menschen der Sachverhalt vollständig klar. Das die Gemeinde dann gar nicht anders handeln konnte, als der Bauhütte den Auftrag für das zweite Haus zu übertragen, ist höchstverständlich, zumal der Beschluss, ein zweites Haus zu bauen, von der Gemeinde bereits gefasst war.

4. Es ist unbestritten und es kann von gegnerischer Seite durch Einigkeit in die Bauarbeiten bei der Gemeinde sofort festgestellt werden, daß die Bauhütte beide Häuser bis zur Übergabe zinslos herstellt und keine Verzinsung bis zur Bezugsfähigkeit fordert, daß also für das erste Haus 17 000 Mark und für das zweite Haus 44 000 Mark vollständig zinslos der Gemeinde vorgezahlt werden. Von der Verpfändung des von der Gemeinde zur Deckung der Bauforderung auszunehmenden Darlehens ist abgesehen worden, nachdem feststand, daß mit der Gemeinde sich dasselbe Vertrauensverhältnis herauabildet, wie es der Bauhütte von allen ihren Auftraggebern entgegengebracht wird. Wie vorliehaft die Gemeinde mit der Bauhütte arbeitet, geht daraus noch besonders hervor, daß beide Häuser vor dem 1. April 1926 bezugsfähig werden. Hatte Herr Zimmermeister Walter gebaut, so waren nach seinen eigenen Angaben die Häuser nicht vor dem 1. Juni oder gar 1. Juli 1926 bezugsfertig. Es ist also nur zu wahr, daß die Gemeinde tatsächlich 1300 Mark Zinsen durch das unzureichende Eintreten der Bauhütte spart.

Schlesische Siedlungspläne.

Die deutschen Städte des Mittelalters waren, abgesehen von gewissen Unzulänglichkeiten, denen der heutige Mensch einen so großen Wert beimittet und dadurch zu einer falschen Beurteilung dieser Städte kommt, harmonische Gebilde. Ihre Einwohner hatten all den nötigen Zusammenhang mit ihrer Arbeit und mit dem Nachbarn, in ihrem Tun und Denken spiegelte sich ihr Weltbild. Die Stadt der heutigen Tage hat diese gute Harmonie verloren. Es scheint, als ob die Kleinstädte des starken Landes gerade dazu berufen sind, hier bessere Wandlung zu schaffen. Wie weit sich der Gedanke einer derartigen Revolution der Kleinstädte schon durchgesetzt, zeigen die Siedlungspläne mancher idyllischen Städte.

Eine derartige Entwicklung zeigt beispielsweise der Plan der Landgemeinde Königsfeld, wo vorhandene Industrie und umfangreiches Eisenbahngelände die Ansiedlung eines neuen Teiles südlich der Bahn fordern. Wir sehen hier in Königsfeld ein Dorf, das sich erst in jüngerer Zeit als Eisenbahntreffpunkt industriell entwickelt hat, dessen städtische Zerrissenheit eine Regelung besonders dringend erforderlich und das nun in der glücklichen Lage ist, sein Gemeinwesen im Sinne des Vorherermähnen auszugesten. Denn notwendigerweise wird hier versucht werden müssen, das Gleichgewicht durch entsprechende Ausförderung und menschenwürdige Ansiedlung der Arbeiter, sowie ebenfalls durch Anziehung von handwerklichen und gärtnerischen Qualitätsbetrieben und dergleichen zu schaffen. Das gleiche gilt von dem Plan der Gemeinde Röthenbach, deren Einwohner hauptsächlich Bergarbeiter sind. Auch hier spielt die Auflösung der Bevölkerung und vor allem die Ansiedlung von Heim- und Gärtenhäusern die größte Rolle. Diese Schrebergärten sind so gelegt, daß sie in Verbindung mit den Heimgärten im Innern der Blüte Grüngüter schaffen, die in zweckmäßiger und barbarische Weise öffentliche Grünanlagen erschaffen.

Das schwierige Gebiet der ländlichen Vorortgemeinden einer Großstadt berühren die beiden Pläne von Klettendorf und Röthenbach. Unbehagdet aller Schwierigkeiten besteht aber auch für die die Förderung, daß sie sich möglichst in sich wirtschaftlich und kulturell organisieren müssen. Auch sie werden sich als möglichst vollkommenen Glieder in den ganzen Organismus Städte einfügen müssen. Es ist hier ein Zusammensetzen mehrerer kleiner Gemeinden gedacht, die zusammen in Zukunft einen Bezirk bilden sollen, der wohl in einer gewissen wirtschaftlichen Abhängigkeit von der nahen Großstadt Breslau stehen wird, der aber doch — gewiß nicht zum Schaden der Stadt — darauf bedacht sein muß, diese Beziehungen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Um von den vielen Vorteilen, die die Zusammenlegung und Selbständigkeit des ganzen Komplexes bieten würde, der Kürze halber nur einen zu erwähnen, sei hier darauf hingewiesen, daß besonders die Bodenpreise ein erträgliches Maß behalten dürfen. In diesem Zusammenhang sei auch an London erinnert, dessen Großflächenbildung viele solche Bezirke, sogar im engsten Stadtgebiet, kennt, die gewiß in ihrer inneren Ausbildung und Struktur heute noch nicht vorbildlich sind, verwaltungsmäßig aber doch gut arbeiten, die also die Vorbedingungen zeigen, um eine gesunde, zentrale Entwicklung anzunehmen.

Der Plan von Klettenbach paßt sich den vorhandenen Gegebenheiten möglichst an, bis auf die teilweise Überlegung der vorhandenen, durch durchlaufenden Breslauer Straße, die zur Sammelader für Geschäfte und Verkehr des ganzen Ortes werden soll. Es ist damit erreicht, daß Klettenbach von jedem durchgehenden Autoverkehr, der hier besonders stark ist, verdeckt bleibt, und

doch dieser auf die große Kunstuferstraße Breslau-Schweidnitz verweisen wird. Die besonderen Bedingungen, die die Gemeinde als nächster Vorort der Stadt zu erfüllen hat, sind bezüglich der Grünflächen so geregelt, daß von dem vorhandenen südlichen Südpark ein Grünstreifen nach den vorhandenen Wiesen des Voßes füht. Dieser Grünstreifen ist so in das Innere der Bauhütte gelegt, daß er zusammen mit den angrenzenden Wäldern, eine beträchtliche Kreisfläche darstellt. Es mag dies als ein Beispiel erscheinen für eine wirklich vorausschauende und sachliche Ausschau der leitenden Persönlichkeiten einer kleinen Gemeinde, für die die Durchführung einer solchen, für ihre Verhältnisse umfangreichen Grünfläche, gewiß keine leichte Aufgabe ist.

Die bei Klettenbach vorherrschende große Kunstuferstraße Breslau-Schweidnitz durchschneidet den angrenzenden Ort Klettenbach so, daß sie das Industriegebiet hier vom Wohngebiet trennt. Während Klettenbach als reines Wohngebiet mit beschleunigter Entwicklung von nicht störenden kleingewerblichen Betrieben vorliegen ist, wird in Klettenbach in beschranktem Maße Industrie und Kleingewerbe angesiedelt sein. Zum Schluß mag hier wieder betont werden, wie bitter notwendig wir ein Gesetz brauchen, das die uralten Bestimmungen des Schriftstillegesetzes von 1875 und die vielen anderen Teilbestimmungen, die inzwischen erlassen sind, zusammenfaßt und so ergänzt, daß wir wirklich fruchtbbringend für die Allgemeinheit arbeiten können.

Ein Wochenendkurs des Arbeiters-Bildungsausschusses für Mittelschlesien

findet am 9. und 10. Januar in Breslau statt. Genosse Regierungsrat Dr. Hamburger, M. d. L., ist zum Leiter bestimmt. Das Thema lautet: „Gegenwartsprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik.“ Der Kursus beginnt am Sonnabend, den 9. Januar, abends 7 Uhr, und endet am Sonntag mittag. Anmeldung von Parteigenossen und Gewerkschaftern erfolgen am besten direkt oder durch die Ortsgruppen umgehend im Bezirksparteisekretariat, das auch für die Unterbringung auswärtiger Teilnehmer sorgt.

Ein zweiter Wochenendkursus folgt am 23. und 24. Januar in Breslau unter Leitung von Rechtsanwalt Dr. Egestein über „Deutsches Arbeitssrecht“. Weitere Kurse im Februar werden in Brieg und Schweidnitz stattfinden.

Der weiße Tod im Riesengebirge.

Nier Berliner Touristen, die in Spindelmühle weilten, gerieten unterhalb des Forsthauses Leiterboden auf ein unterhöhltes Schneefeld. Die Schneemassen legten sich in Bewegung, wobei sich die teilweise zu Blöcken zusammengeschmolzenen Schneemassen ineinander schoben. Dabei erlitt der Büroangestellte Abraham Braumex aus Berlin mehrere knochenbrechende und schwere innere Verletzungen, an denen er nach einigen Stunden starb. Der 10jährige Sohn eines Holzfällers, der die Spaziergänger begleitet hatte, geriet ebenfalls zwischen die Schneeklöcke und war sofort tot.

Zur Teilungsfrage der Landes-Versicherungsanstalt Schlesien.

Auf Einladung der Provinzialverwaltung Niederschlesien werden am 5. und 6. Januar eine Anzahl Reichstagsmitglieder, darunter auch der Reichstagspräsident Löbe, in Breslau, zur Besichtigung der Landes-Versicherungsanstalt Schlesien. Im Anschluß daran werden auch die Heilstätte des Schlesischen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose in Landeshut und die Heilstätte der Landes-Versicherungsanstalt in Schmiedeberg besichtigt.

Menzelische Fortbildungskurse in der Frühdiagnose und Prognose der Tuberkulose.

Der Schlesische Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose veranstaltet auch im Jahre 1926 wieder in seinen beiden Landeshuter Heilstätten (für tuberkulöse Frauen und Kinder) und in der Tuberkuloseheilstätte Buchwald (für tuberkulöse Männer) zweiwöchige ärztliche Fortbildungskurse in der Frühdiagnose und Prognose der Tuberkulose für solche in den Provinzen Nieders- und Oberschlesien ansässigen Ärzte, die bereits als Tuberkulosefürsorger tätig sind oder aber sich verpflichten, in Zukunft als solche in ihrem Heimatbezirk tätig zu sein. Diese Kurse finden statt:

in der Tuberkuloseheilstätte Buchwald, Bahnhofstation Schmiedeberg i. Niss., unter Leitung des Chefarztes Dr. Wilhelm May, vom 15. bis 27. März und vom 12. bis 25. September 1926;

in den Landeshuter Heilstätten unter Leitung der Chefarzte Dr. Amandus Wirth und Dr. Otto Wiese vom 18. bis 30. Oktober und vom 1. bis 13. November 1926.

Den Teilnehmern wird freie Station (Wohnung und Pauschalcost) gewährt. Baldige Anmeldungen unter Angabe, in welcher Heilstätte und an welchem Kursus die Teilnahme gewünscht wird, erbeten an die Geschäftsstelle des Schlesischen Provinzialvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose in Breslau 13, Höfchenplatz 8.

Burgau. Überfallen und verarbei wurde in der Nähe des Schützenparks die Schauspielerin Kühnemann von zwei jungen Burschen, die weiße Kittel trugen. Die Überfallene wurde niedergeschlagen und über Handtuch verarbi.

Reisse. Tote aufgefahren. Am 4. Januar, gegen 1 Uhr nachts, wurde der Schuhmachermeister Robert Haage, wohler hierzuläßt, Breslauer Straße 24, im 4. Stock eine Wohnung inne hat, im unteren Haustür am Treppenländer aufzuhören tot aufgefunden. Der Tote, welcher in der Stadt nach Haage kam, hat im unteren Haustür die Treppe verschlafen, ist wahrscheinlich ausgeschlafen und mit dem Kopf zwischen Treppenstufen und Geländer hängen geblieben. Er hat auf dieart mettwillige Art den Tod gefunden. Die Leiche wurde von der Kriminalpolizei bestaigt und nach der Leichenhalle im städtischen Krankenhaus gebracht.

Reisse. Autounfall. Am 2. Januar, gegen 6½ Uhr nachmittags, befanden sich die Landwirte Schmidt und Lücke aus Klotzbach, von Reisse kommend auf dem Radtourweg. Da sie keine Fahrräder hatten, hielten sie ihre Fahrräder und gingen zu Fuß auf dem Fahrweg. Als sie in der Nähe der Jerusalemer Kirche waren, kam ihnen durch das Jerusalemer Tor in der Richtung Reisse ein Auto mit stark leuchtenden, nicht abgedunkelten Scheinwerfern entgegengefahren. Möglicherweise wurde die Reise von einem anderen Auto, von hinten kommend, überdeckt. Der Führer des Wagens brachte die beiden Verletzten mit seinem Wagen sofort nach dem städtischen Krankenhaus, wobei bei beiden eine leichte Leichter Verletzung, bei Reisse ein Oberarmbruch festgestellt wurde. Nach Auslage des Schriftführers und der beiden Verletzten sind diese durch das entgegenkommende Auto derart gebremst worden daß sie nichts mehr sehen konnten. Darauf entstand der Unfall.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Achtung, Kreistagsabgeordnete des Kreises Breslau!

Sonntag, den 10. Januar, findet nach der Gemeinderatsversammlung eine wichtige Sitzung der SPD-Kreistagsabgeordneten statt. Besondere Einladung ergeht nicht.

Hundsfeld. Selbstmordversuch. In der Nähe des hiesigen Station stürzte sich am 5. Januar, abends gegen 11 Uhr, die 17jährige Hildegard Fröhlich aus dem Jahr auf der Fahrt von Breslau nach Döls aus dem Jahrzehnt Zuge. Sie trug schwere Verletzungen nicht davon, blieb aber bewußtlos liegen und wurde nach Breslau ins Allerheiligen-Hospital geschafft. Es dürfte sich um eine Gehirnerschütterung handeln. Siebzehn Jahre soll den Unfall zu der unbedachten Tat gegeben haben.

Dowitz. Bunter Abend. Am Sonntag, den 10. Januar, abends 7 Uhr, findet in der Volkshalle ein Bunter Abend statt. Es wird ein gutes Programm geboten und können alle Familien einen genugreichen Abend verleben. Eintritt 30 Pfennige.

Groß-Möckern. Sportler und Interessen von Groß-Möckern und Umgegend. Die neue Großenstadt, der Film der ersten internationalen Arbeiter-Olympiade zu Frankfurt a. M., läuft am Sonnabend, den 9. d. M., im Gemeindesaal zu Groß-Möckern. Die Abendvorstellung beginnt um 8 Uhr. Vorerst der Überblicksbericht findet um 5 Uhr eine Nachmittagsvorstellung für Erwerbslose und Kinder zu ermäßigten Preisen statt. Erwerbslose 20 Pf., Kinder 10 Pf. Um zehnreichen Zuspruch eracht.

Schmolz. Verlosung. Die vom Arbeiter-Fahrscheinerverein Schmolz in die Wege geleitete Verlosung muß um zwei bis drei Monate verschoben werden, da der Verkauf der Lose nicht den Verkaufsbeginn genommen hat, wie erwartet wurde. Wir werden rechtzeitig den neuen Termin bekannt geben.

Arbeiter-Sport

Kreisjahrmarkt für alle Funktionäre von Arbeitervereinigungen. Genossen und Genossen! Wer von euch für sozialistische Schriftentwicklung ist, der nehme teil an den Kreisjahrmarkt des Arbeiter-Stenographen-Vereins „Arends“. Ganz besonders richten wir dies Ereignis an die Vorständen und Schriftführer aller Vereine. Die deutsche Volksfestschrift „Sozial-Arends“ wird allen Anforderungen gerecht, kann selbst von der schweren Hand leicht ausgeführt werden und ist unbedingt sicher wieder lesbar. Alle Interessenten können sich bei Kursusbeginn melden am Donnerstag, 7. Januar, oder Freitag, 8. Januar, abends 7 Uhr, im Zwinger-Gymnasium, 1. Stock Zimmer 5. Teils nechmergetzt einheitlich Lehrmittel nur 3 Mark. Arbeiter-Stenographenverein „Arends“.

Arbeiter-Stenographenverein „Arends“. Unsere Mitglieder machen wir auf die ob Mittwoch, den 13. d. M., wieder beginnenden Übungsstunden im Zwinger-Gymnasium aufmerksam und erfreuen um rege Beteiligung. Am Sonnabend, den 9. Januar, abends 7½ Uhr, findet in der Stadthalle des Gewerkschaftsverbands eine sehr wichtige Landesversammlung statt, mögliche Funktionäre zu erscheinen haben für die bevorstehende Generalsammlung und den Gautag gilt es wichtige Vorarbeit zu verrichten. Der Vorstand.

Arbeiter-Sammler. Sonntag, den 10. Januar, vormittags 9 Uhr, im Städtischen Jugendheim, an der Matthesstrasse 20. Die Sammler-Gesellschaft, die sich zu dieser Unterführung auf Verfügung stellen, werden gebeten, vorsichtig zu erscheinen.

Arbeiter-Kartell für Sport und Körpererholung Breslau. Am Freitag, den 8. Januar, stellt jeder Verein oder jede Abteilung ein arbeitsloses Mitglied. Treffpunkt ist um 2 Uhr im Hof der Volksschuldrucker. Pünktlich sein. Außerdem erscheinen die Turngruppen Kenziella, 2. Abt. und Neumarkt, 3. Abt. Weiter je ein arbeitsloses Mitglied der 1. und 4. Frauenabteilung, sowie eine Schwimmerin. Weiter die Sportgenossen P. Krug, Gustia, Neugebauer, Stifter, R. Utermann und Saal.

Sportklub „Seroß“. Sacra, steht am 3. Januar seine Generalversammlung ab. Die Leitung des Vereins legt sich jetzt aus folgenden Sportvereinen zusammen: 1. Vorsteher Adolf Witte, 2. Vorsteher L. Sonnenborn, 1. Schriftführer Willi Scholz, 2. Schriftführer Bruno Pawelle, 1. Kassierer Richard Röder, 2. Kassierer K. Trappner, Sportwart Richard Röder und Bruno Pawelle. Sämtliche Schriftstücke sind an den 1. Vorsteher Adolf Witte, Sacra, Kreis Döls, Trebniker Straße 29, bei Dr. Natur, zu senden.

Sportklub „Felsenfest 94“, c. B., Breslau. Sonntag, den 10. Januar, vormittags 9½ Uhr, findet die Generalversammlung statt. Jedes Mitglied ist verpflichtet, an dieser Versammlung zu erscheinen. Auch die Jugendlichen haben zu erscheinen.

Rätsel-Ecke.

Kreuzworträtsel A.

1	2	3	4		5	6	7	8
9				10				
11				12				
13				14				
				15				
16					17			

Die Worte bedeuten

Lieblich-Theater.

Das Januar-Programm ist ebenfalls wieder recht gut zusammenge stellt. Der Preis verdienst wohlt die Uebersetzung, eine Gruppe von Akrobaten, die von einer Weltreise zurückgeschickt sind und mit ganz unvergleichlichen Leistungen aufzutreten. Ganz neu in Europa ist der indische Zauberer Linga Singh, der ebenfalls seiner Kunst als Ehre macht. Nachdem die Eisenbahn ausgetragen sind, wird die Bühne diesmal von Löwen besetzt, die Charles II. Léonard vorführt. Es sind schwermäßige Prothesenexemplare, denen anscheinend auch noch nicht recht zu tragen ist. Um so besser hat Olof Schumann das ehemaliges Artilleriepferd "Maskottchen" auf der Bühne eingesetzt. "Maskottchen" ist klüger als die meisten Deutschen. Als es zum Militär eingezogen wurde, benahm es sich so, daß es wegen seiner Besatzigkeit als unbrauchbar aus dem Heere ausgeschieden wurde. Dafür ist es mit Lust und Liebe bei der Kunst und hat seit seinem letzten Breslauer Auftritt noch eine Menge hinzugelernt. Alle Stacheldrähte mögen sich an ihm ein Beispiel nehmen. Hanni Garden wartet mit her vorragenden Leistungen am Trapez auf. Der Tanz ist durch das minodramatische Ballett Hansen-Jacobs, Oo Castini, Liselott Fäkel inphantastischer Form vertreten, während Böller André höchst vollendete Siegelpfände zeigt. Heinrich Kahlbrandt wartet mit seinem recht gemütlichen rheinischen Humor auf. Kritischie beschließt als neuer Hausschuh das Programm mit dem üblichen Klamaus.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Lesertheile, für die wir nur die preisgelehrte Verantwortung übernehmen.

Die Redaktion.

Die Not der Eisenbahninvaliden.

Am 21. Dezember vorigen Jahres fand eine fast besuchte Eisenbahner-Invaliden-Versammlung statt. Jeder Invalidus heißtte, eine Erhöhung der Zukäufe der Abteilung B zu bekommen. Die Entschuldigung war groß, denn nur die Altenrainer haben eine leise Anhängerin erhalten. Die Notlage aller Eisenbahninvaliden ist riesengroß. 1914 waren über 300 Millionen

Mark Reservestegelde vorhanden. Es sind große Baulichkeiten von diesem Reservestegelde hergestellt und erst kürzlich für ein Jahr 36 000 Mark zur Restaurierung verwendet worden. Während der Inflation sind viele Altenrainer halb verhungert, und jetzt, wo wir eine Aufhebung verlangen, läßt man uns zugrunde gehen. Die Eisenbahner haben eine Arbeiter-Pensionskasse, wie wollen die Friedenspenste erzielen, so wie sie 1914 statutenmäßig bestanden. Jeder hat einen Pensionschein, und danach wurde er pensioniert. Der Heuwirt hat fast die Friedensrente erreicht, der Beamte hat auch eine ganz sinnvolle Pension. Wir sind nicht neidisch, aber wir Invaliden der Eisenbahn wollen auch nicht verhungern, wenn wir 10 Jahre in die Arbeiter-Pensionskasse Beiträge gezahlt haben.

Ein Eisenbahn-Invalid.

Briefkasten.

Allen Anfragen nach einer Bezugsschaltung beitragen. Bezugsschaltungen enthalten unseres Leser auf Bedingungen von der Volkswacht-Trägern oder Trägerinnen; die Postbeamte haben die Postschaltung beizulegen.

D. G. Hildebrandtsstraße. Wer den "Generalanzeiger" nicht liest, kann auch auf seine Schwedelinschriften nicht hineinfallen. Wer sich aber durch Lesen des "Generalanzeigers" sowie alle Tage befreit, läßt, dem schadet es auch nichts, wenn er durch diese Seite Interessen noch besonders geschädigt wird. Anzeige bei der Staatsanwaltschaft ist in allen solchen Fällen das richtige.

Leichte Wetternachrichten.

Datum: 7. 1. 26.	Temperatur			Wetter	Wind	Nieder- schlag	Gesamt- höhe cm
	heute früh	Maxim.	Min. seit 24 Stunden				
Krielen	-1	-0	-3	Nebel	SO 1		
Schneekoppe	-6	-3	-7	Nebel	SW 5		
Grüneberg							
Oberhersberg	2	4	-2	wolzig	SE 5		
N. S. S. Baude	-3			Schnee	SW 3	80	
Reitstüberhaus	-5	-8	-5	Rauhreif	SW 3	80	
Reitstüberhaus	-1	2	-3	halbwolzig	W 2		
Wandsee	-1	2	-2	heiter	S 3		
Görlitz	2	5	1	wolzig	S 3	gering	
Bad Nauheim	1	3	0	halbwolzig	S 5		
Beuthen	1	4	-2		SO 2	1	
Prosten	-1	1	-3	halbwolzig	SSO 2		
Heusudauerbaude	-4	-4	-5	Nebel	SW 3	50	
Kreuzburg	0	3	0	heiter	S 1	1	
Reitse	-3	2	-4	Nebel	W 1		
Rosenberg	1	3	-1	Nebel	S 5		
Gleinitz	-0	2	-0	halbwolzig	S 3		
Johren	-2	+1	-2	heiter	SSO 2	2	

Amelicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krielen bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Im südlichen Mittelschlesien hat sich infolge der hier eingetretene sogenannte Aufheizung und der damit verbundenen Strahlungslinie ein kleines Trockengebiet ausgebildet. An den Ostgrenzen unseres Bezirks haben desgegen Stürme, die von der Adria über Ungarn nach den Karpathen gezogen sind, leichten Regen herabgebracht. Die westlichen Stürmen haben sich allmählich etwas weiter nach Osten verlagert. Ihr Anrücken macht bei uns bereits durch Wolltau aufzug bemerkbar. — **Ausichten:** Vorübergehend etwas bewölkt, stellenweise leichter Niederschläge (im Gebirge Schnee), Temperatur um 0 Grad.

Stadt-Theater Lieblich-Theater

Donnerstag 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen

Telefon: Stephan 34646.

Täglich 5 Uhr:

Der Sensations-Erfolg

des

Januar-Programms

u. a. 1002

Linga Singh

Der indische Zauberer.

Heinrich Kahlbrandt

Rheinischer Humor.

Spaeththeater

Reinigungs-S. Tel. Rg. 6774.

Samstag 7. Jan. 8 Uhr:

Reinigungs-S. Tel. Rg. 6774.

Hans Sonnenmöller

Höllesehet

Spaeththeater

Schwarzs. 3. Tel. Rg. 6700.

Donnerstag 8 Uhr:

Auftritt Walter Jenckel

In neuer Ausstattung:

Der Orlow.

Freitag 8 Uhr: 10055

Auftritt Walter Jenckel

Wiener Blut.

Sonnabend 8 Uhr:

Gastspiel Elli Leax

Auftritt Walter Jenckel

In neuer Ausstattung:

Zum 1. Role:

Die Zeresina

Sonntag nachmittag 2½ Uhr:

In neuer Vorbereitung:

Die Dollarprinzessin

Sonntag nachmittag 8 Uhr:

Gastspiel Elli Leax

Auftritt Walter Jenckel

In neuer Ausstattung:

Die Teresina

Sonnabend 8 Uhr:

Reinigungs-S. Tel. Rg. 6057

Neuen-Bekleidung

auf Zeitabning

Welt-Ball. 26

Alte 22

Rob. Hänel

Gemäldebetrieb

Kunstmarkt 1, Stad

Sie sparen viel Geld

wenn Sie Ihre 6057

Kunst-Bekleidung

auf Zeitabning

Welt-Ball. 26

Alte 22

Rob. Hänel

Gemäldebetrieb

Kunstmarkt 1, Stad

Die Zirkus-Strassburger

Kunstplatz

Telephone Ring 3624

Das Riesen-Programm

mit

"Zambu"

dem Wanderelefanten

und den sogenan-

Welt-Attraktionen

Volkstümliche Preise.

Eilbillet: Barzahl und Zirkuskassen.

Die Zirkus-Strassburger

Samstag nachmittag 2½ Uhr:

In neuer Vorbereitung:

Die Zeresina

Sonntag nachmittag 8 Uhr:

Gastspiel Elli Leax

Auftritt Walter Jenckel

In neuer Ausstattung:

Die Teresina

Sonntag nachmittag 8 Uhr:

Gastspiel Elli Leax

Auftritt Walter Jenckel

In neuer Ausstattung:

Die Teresina

Sonntag nachmittag 8 Uhr:

Gastspiel Elli Leax

Auftritt Walter Jenckel

In neuer Ausstattung:

Die Teresina

Sonntag nachmittag 8 Uhr:

Gastspiel Elli Leax

Auftritt Walter Jenckel

In neuer Ausstattung:

Die Teresina

Sonntag nachmittag 8 Uhr:

Gastspiel Elli Leax

Auftritt Walter Jenckel

In neuer Ausstattung:

Die Teresina

Sonntag nachmittag 8 Uhr:

Gastspiel Elli Leax

Auftritt Walter Jenckel

In neuer Ausstattung:

Die Teresina

Sonntag nachmittag 8 Uhr:

Gastspiel Elli Leax

Auftritt Walter Jenckel

In neuer Ausstattung:

Die Teresina

Gewerkschaftsbewegung.**Aus der Angestelltenbewegung.**

Die Auswertung von Pensionsansprüchen.

Durch das neue Aufwertungsgesetz hat sich an der bisherigen Rechtsprechung grundsätzlich nichts geändert. Dort, wo die Pensionsklasse auf versicherungstechnischer Grundlage aufgebaut war und behördlicher Weisheit unterstand, haben nach § 63 des Aufwertungsgesetzes die Aufwertungen bis zum Höchstbetrag von 5% des ursprünglichen Goldmarkwertes hinzuzufügen. Dagegen kann die volle Aufwertung verlangt werden, wenn der Arbeitgeber sich vertraglich zur Zahlung einer Pension verpflichtet hat. Nicht selten hat der Arbeitgeber sich dadurch zu deßen versucht, daß er bei einer privaten Versicherungsgesellschaft seine Angestellten einsetzte. Die Versicherung braucht natürlich nur in einem Maße aufzumachen, wie das der § 63 des Aufwertungsgesetzes vorsieht. Streitig war bisher die Frage, ob der Arbeitgeber zur Zahlung des Differenzbeitrages herangezogen werden könnte. Dr. Franz Goettig bejaht das. In einem Aufsatz in Nr. 48 vom 27. November 1925 des Zeitungsverlag — einem Arbeitgeberorgan — schreibt er:

"Hat der Arbeitgeber einem Arbeitnehmer die Zahlung von Lebendhaltern und Pensionen vertraglich oder tariflich zugesichert und ihm zu seiner eigenen Deckung bei der eigenen oder fremden Pensionskasse eingetauscht, so hat er dem Arbeitnehmer die Differenz zwischen der vollen Aufwertung der vertraglich zugesicherten Pensionsansprüche und den Aufwertungsansprüchen gegenüber der betreffenden Pensionskasse zu gewähren. Nach § 63 Absatz 3 des Aufwertungsgesetzes gilt in diesem Sinne ausdrücklich der Arbeitnehmer die Vermutung des Vorliegens eines solchen vertraglichen Versorgungsanspruchs, wenn der Arbeitgeber einen Arbeiter oder Angestellten bei einer eigenen Einrichtung versichert hat. Wenn also ein Arbeitgeber dem Arbeitnehmer bei der Einräumung erklärt hat, er wolle ihn beim eigenen Betrieb für den Fall des Alters oder der Invalidität in eine Pensionsversicherung aufnehmen, so wird vermutet, das heißt manchmal ausdrücklich, vom Arbeitgeber zu führenden Nachweises angenommen, daß der Arbeitgeber damit dem Arbeitnehmer Lebendhalts- und Pensionsansprüche vertraglich sichern wollte. Daraus folgt dann, daß der Arbeitgeber persönlich für die Ausfälle aufzukommen hat, die dem Arbeitnehmer daraus erwachsen, daß die Pensionskasse keine volle Aufwertung vorzunehmen braucht. Zuständig für Klagen auf Aufwertung vertraglich oder teilweise eingeräumter Lebendhalts- und Pensionsansprüche sind nicht die Aufwertungsstellen, sondern die ordentlichen Gerichte bzw. soweit es sich um Arbeitnehmer handelt, die unter die Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte fallen, die Sondergerichte. (Vergleiche die Entscheidungen der Kaufmannsgerichte Berlin und Stuttgart, Sämtlichungenwesen 1925, Seite 154, und Gewerbe- und Kaufmannsgericht, Jahrgang 29, Spalte 75.) Manche Arbeitnehmer werden daraufhin ihre Pensionsansprüche nachzurüsten haben. Pensionen, die mit dem ausdrücklichen Rechte des jederzeitigen Widerrufes gewährt wurden, meiden vor vorherem aus. Wer im Zweifel ist, möge sich unter Vorlage der entsprechenden Urteile gegen den Verwaltungen der zuständigen freigewirtschaftlichen Organisation erkundigen.

Beförderungsansprüche der Beamten.

Das Reichsgericht hat bekanntlich entschieden, daß der Beamte kein flagbares Recht auf Beförderung hat und wäre er infolge Aenderung der Beförderungsgrundlage nicht in der von ihm erwarteten Weise aufgerückt, auch keinen Anspruch auf die dem erwarteten höheren Rang entsprechenden Beziehe. Wohl erworbene Rechte der Beamten werden durch Aenderung der Beförderungsgrundlage nicht verletzt... Diese Entscheidung ist sowohl juristisch als auch logisch vollkommen unanfechtbar. Es ist ganz selbstverständlich, daß jede höhere Rangstufe nur mehr von weniger Anwärtern erreicht werden kann; denn je höher die Rangstufe, um so weniger Stellen umfaßt sie.

Ein flagbares Recht auf automatischen Aufstieg ist also vollkommen undenkbar; unter wohl erworbenen Rechten betreffend den Aufstieg eines Beamten kann man bloß das Recht verstehen, daß der einzelne bei gleicher Eignung nicht hinter jüngere gestellt werde. Vorrücken können Beamte nur auf Grund der erforderlichen Auswahl, die zu treffen ist unter der größeren Anzahl der niedrigeren Beamten für die Besetzung der kleineren Anzahl erledigter nächsthöherer Stellen. Was den Beamten notzt, ist, der Art und Weise, wie die Beförderungsgrundlage gehandhabt, aufgestellt, abgeschafft, verändert werden, besonderes Augenmerk zu schenken. Es ist im Interesse des Volkes ganzen gelegen, daß bei diesen Fragen die Beamtenhaft mitbestimmt. Die Art und Weise der Ausübung dieses Mitbestimmungsrechts muß so beigebracht sein, daß jede Führungsfähigkeit vermieden wird, vielmehr die Beamtenhaft stets das Bewußtsein haben kann, selbst dafür einzutreten, daß Aenderungen der Beförderungsgrundlage niemals etwas Willkürliches, Unberechenbares, sondern stets im Interesse der Allgemeinheit Gelegenes ist.

Der Lohnkonflikt im Saarrevier beigelegt.

Paris, 6. Januar. (Eig. Drahtber.) Die am 9. Dezember im Ministerium für öffentliche Arbeiten in Paris begonnenen Lohnverhandlungen zwischen Vertretern der französischen Saargruben und der Bergarbeiter-Gewerkschaften des Saargebietes haben am Dienstag in Saarbrücken zu einer Einigung geführt. Den Bergarbeitern wurde eine Erhöhung des Tagelohns um 1,50 Francs mit rückwirkender Kraft ab 15. Dezember bewilligt.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund und die Einwanderungsbeschränkungen.

Der Zentralausschuß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat die Einwanderungsfrage beraten und eine Entschließung angenommen, die sich mit Entschiedenheit gegen den in verschiedenen Kreisen ausgedrückten Wunsch einer Erleichterung der Einwanderung wendet. Der Vortragende des Bundes erklärte, daß der Bund für ein strengeres Einwanderungsgesetz, als das gegenwärtig bestehende, eintritt, und daß er sich heftig gegen jeden Versuch, die Einschränkungen des gegenwärtigen Gesetzes zu beseitigen, wenden werde.

240 000 Arbeitslose in Österreich.

Wien, 5. Januar. (Eigener Drahtbericht) Die Zahl der Arbeitslosen in Wien hat in der zweiten Dezemberhälfte um rund 10 000 Personen zugenommen. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen in Österreich beträgt jetzt 240 000, das heißt etwa 4 Prozent der Gesamtdemographie.

Der amerikanische Kohlenstreit.

Aus New York wird gemeldet: Da die Bergarbeiter dem Plan einer schiedsgerichtlichen Entscheidung der Lohnfrage, der von den Bergarbeiterbezirken in Vorschlag gebracht wurde, entschieden Widerstand entgegengesetzt haben, sich die Aussichten auf eine Beilegung des schon Monate währenden Streits sehr verringert. Es wird befürchtet, daß in kurzer Zeit die Verhandlungen abgebrochen werden.

Vor dem Ende des Kampfes in der belgischen Schwerindustrie. Brüssel, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht) Der monatelange Kampf in der belgischen Schwerindustrie scheint dem Ende nahe. Am Mittwoch beschloß die Streitseite, den von den Unternehmern angenommenen Kompromißvorschlag des Regierungsvorstandes einer Abstimmung zu unterbreiten. Daß er erklärt, sich die Arbeiter über einen Familienzuschlag, von 5 Prozent einverstanden, erhalten aber dafür Familienzuschläge, die den Lohnzuschlag in den meisten Fällen aufwiegen.

Wer ist Schuld an der jetzigen Wirtschaftskrise?**Die Auswüchse der Kartelle. — Das Wirken der Konsumgenossenschaften.**

In einer sehr gut besuchten Ortsauschusssversammlung des ADGB, die am Mittwoch abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand, sprach Regierungsrat Genoje Dr. Hahn über obiges Thema. Er führte etwa folgendes aus: Wir stehen augenscheinlich in einer schweren Wirtschaftskrise. Das charakteristische an Wirtschaftskrisen war bisher, daß sie in der Nachkriegszeit Jahr für Jahr wiederkehrten, doch ist die jetzige in Vergleich zu den Geschäftsjahren des Kriegslands, wohl die schwere. Ihr hauptähnliches Kriterium ist die gewaltige Zahl der Erwerbslosen, die leider schon über eine Million beträgt. Die verdeckte Wirtschaftspolitik, die bei uns nun schon seit einem Jahre getrieben wird, hat diese Misere herausbeschwor. Das Ziel jeder gesunden, vernünftigen Wirtschaftspolitik ist: Hebung der Kaufkraft, bei gleichzeitiger Minderung der Preise! Die deutsche Wirtschaftspolitik verfehlt dieses Ziel nur dem Wortlaut nach. Vieles wäre im Interesse der breiten Masse erforderlich gewesen, so eine Verminderung der Steuerlasten, Abbau der Zölle, Abschluß günstiger Handelsverträge mit den anderen Staaten und anderes mehr. Stattdessen erlebten wir einen nur ganz langsam und zögernden Steuerabbau unter Begünstigung der Besitzenden. Da, wo erhebliche Abstriche hätten gemacht werden können, wurde munter drauflos bewilligt. Denken wir an die großen Lasten für die Reichswehr, oder an unsere zerstörerische Zollpolitik, die nur neue schwere Lasten für die einschauende Bevölkerung mit sich gebracht hat. Auf dem Gebiete der Handelsverträge wurde lädiert herumexperimentiert, der Vertrag mit Spanien zum Beispiel wurde wieder gekündigt, weil die Winger durch ihn in ihren Profitinteressen geschädigt glaubten, mit Polen und Frankreich sind überhaupt keine Verträge aufzugehen gekommen. Das alles geschah unter dem pomposen Schlagwort: "Schutz der nationalen Arbeit", in Wirklichkeit verbarg sich dahinter eine Begünstigung der Kapitalisten, der Unternehmer.

Während so die Not des Volkes immer mehr ins Ungemessene stieg und noch steigt, entwickelte sich das System der Zufriedenstellungsablate und Kartelle auf das blühendste und ihr Einfluß auf die breiten Volkschichten ist in hohem Maße gefährlich und gemeinschädlich.

Das Wesen der Kartelle beruht darauf, die Preise hochzuhalten und jede vernünftige Regelung der Preise und des Absatzes planmäßig und sogar mit terroristischen Mitteln zu unterbinden. Die Kartelle üben eine Diktatur über das Wirtschaftsleben aus und ihre Politik sieht in diametralem Gegensatz zu den Erfordernissen des deutschen Wirtschaftslebens. Nur in der Zugestellung der freien Konkurrenz könnte die deutsche Wirtschaft, insbesondere die Industrie, wieder gesunden und dem Ausland gegenüber "Stärke halten". Solange das die Kartelle verhindern, ist keine Auslastung auf Belebung gegeben. Schreibt doch die Kartelle, die Preise vor und wehe dem Unternehmer, der sich widerstellt, er wird rücksichtslos ruinieren. Wir müssen dafür kämpfen, diese Diktatur der Kartelle zu zerstören! Die jetzige Regierung hat nach dieser Richtung noch nichts getan, von ihr haben wir hier nichts zu erwarten! Leider haben wir heute im allgemeinen auch viel zu viel Einzelbetriebe, die von den Kartellen zum Teil eben künstlich am Leben gehalten werden. Wenn die Kartelle heute so glänzend durchhalten können, so verdanken sie das der Reichsregierung! Durch öffentliche Gelder werden sie gestützt und in jeder Hinsicht gefordert. So werden Millionen und Abermillionen geopfert, aber nicht für eine gesunde und solide Aufbau! Die Schwerindustrie hat 700 Millionen Goldmark geschluckt. Woher stammt dieses Geld? Großenteils aus den öffentlichen Banken und Sparkassen! Die Mittelstands-politik von heute ist denkbar falsch. Lebensfähige Unter-

nehmungen püppelt die Regierung lächerlich auf. Wahllos empfangen sie,wahllos verschwenden sie! Diese Kredite sind lediglich Mittel, die man in ein holles Fass wirft. Letztes Endes sind auch die Unternehmer Leidtragende einer solchen Wirtschaftspolitik. Das Leid liegt im Grunde darin, daß sich die heutige Wirtschaftsmacht die Staatsgewalt dienstbar zu machen weiß. Hier nützt der politische Kampf allein nichts! Das arbeitende Volk muß den Kampf gegen diesen volksschädlichen, widerlichen Kapitalismus auch vermittelst der Konsumgenossenschaften führen! Wenn sich doch die Arbeitnehmerchaft nur einmal klar machen wollte, welche Waffe sie in den Konsumgenossenschaften besitzt! Mit dem gewaltigen Kapital, das immer noch dem Privatkapitalismus zugute, liegen sich, wenn es den Konsumgenossenschaften zugute läuft, gewaltige Positionen im Wirtschaftskampf erobern! Aber das hat die deutsche Arbeiterschaft leider noch nicht begriffen! — Was wird aus dem Geld auf den Sparkassen? Das bekommt vielleicht ein Großgrundbesitzer als Darlehen, um damit eine neue Stahlhelm-Gruppe zu schaffen. In den Konsumgenossenschaften, die sich die Arbeiterschaft bisher geschaffen hat, würden sich Gedanken aus, die unserer sozialistischen Ideenwelt entsprechen. Welcher Vorteil liegt nicht allein schon in ihrer neuen, nützlichen Preisregulierung? Die Konsumgenossenschaften wirken auch erzieherisch, weil sie ehrlieche Unternehmungen darstellen. Das heißt nicht, daß die Kaufleute und die übrige Privatwirtschaft unrecht leiten. Aber gewisse nicht ganz einwandfreie Kniffe, wie Zugabeartikel, das Vorsprung und allerhand anderes fällt bei den Konsumgenossenschaften weg. Sie haben an solchen Verträgen kein Interesse. Die Konsumgenossenschaften sind aber auch hohe Schulen der wirtschaftlichen Verwaltung, weil durch sie die Arbeiter praktisch eingeführt werden in die Gesetze und internationalen Verpflichtungen des Handels und der Wirtschaft. Die Kaufleute wird gewöhnt an verständiges Einkommen und verständiges Verwerten. Die Hauptzwecke der Konsumgenossenschaften als Wirtschaftswaffe! Eine Umwandlung der wirtschaftlichen Macht zieht notwendig auch eine Umwandlung der Staatsgewalt angesichts der Arbeitnehmerschaft nach sich. Das aber füllt uns nicht in den Schoß, sondern muß erklungen werden! Darum tut wirtschaftlicher Zusammenhalt not. Nutzen wir das Kampfmittel der Konsumgenossenschaften, so wie wir auch alle anderen Kampfmittel in fabrikunatlanger Arbeit zu verwenden gelernt haben! (Lebhafte Beifall) — Danach wurde ein mit dem Vortrag im Zusammenhang stehender hochinteressanter Film abgetragen, der in der Hauptrache einen kleinen Auschnitt von dem brachte, was die Arbeiterschaft heute bereits an Fabriken und Produktionsbetrieben aller Art besitzt. Der Filmstreifen enthüllte in der Tat unglaubliche Betriebe dieser Art, die nicht bloß technisch in ihrer ganzen Anlage den Fortschritten entsprechen, wie sie von unseren Wirtschaftspolitikern erhoben werden. Genosse Heymann gab nach spezielle Erläuterungen zu dem Film, die auch mit einigen wichtigen Bemerkungen gewürzt waren. Dieser Film, der außerordentlich lehrreich ist, und vom Anfang bis zum Ende jeden Beobachter festhält, wird in den nächsten drei Wochen noch etwa 20 Vorführungen erleben. Es kann nur jedem — gleichviel ob Mann oder Frau — empfohlen werden, sich den Film anzusehen. Er bietet entschieden mehr, als mancher Kirschfilm.

Beim ersten sei noch, daß der Film sehr vieles bringt aus der Hamburger Zentrale der Großraumtauschgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg. Das ist die gemeinsame Wirtschaftsorganisation für alle Genossenschaften, die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehören. Das sind gegenwärtig 1127 Konsumvereine mit insgesamt 8622 Verteilungsstellen.

Wirtschaft.**Das laufende Band in der deutschen Autoindustrie.**

Die amerikanische Produktionsmethode ermöglicht eine Preisjunktion um 35 Prozent.

Bon der Hoch-Werke A.G. in Zwickau wird berichtet, daß infolge der Umstellung des Betriebes auf die Produktion am laufenden Bande und durch weitgehende Verwendung hochwertiger Arbeitsmaschinen eine beträchtliche Senkung der Selbstkosten im Automobilbau erzielt wurde. Die Verwaltung habe insgesamt eine erhebliche Ermäßigung der Preise vornehmen können; gegen den Sommer vorigen Jahres ergab sich eine Preislenzung um etwa 35 Prozent. Angehört der zunehmend schlechten Absatzlage der Autoindustrie und der Alegien über die Auslands-Konkurrenz hat die Erfahrung der Hoch-Werke besondere Bedeutung. Sie zeigt, daß die Senkung der Selbstkosten durch betriebliche Umstellung, wenn sie nur auf ausreichender finanzieller Grundlage und mit genügend hoher technischer Wirtschaftlichkeit erfolgt, jedem künstlichen Preisschutz auch in Krisenzeiten überlegen ist.

Die Schweinepreise gehen in Berlin zurück.

Am gestrigen Berliner Schweinemarkt fiel der Preis von 1 Pfund Lebendgewicht für die erste Klasse von 100 auf 85 Pf. laut Lokalanzeiger ist damit zu rechnen, daß die sinkende Tendenz auch in den Kleinhandelspreisen zum Ausdruck kommt. Hoffentlich!

Sozialistische Ideen in der neueren englischen Agrarpolitik.

Der Umschwungkreis der sozialistischen Gedankenwelt in England kommt auch in der Durchdringung des liberalen und konservativen Agrarprogramms mit sozialistischen Ideen zum Ausdruck. Der Bericht der englischen Liberalen über die Gestaltung der Agrarfrage stellt das Verhältnis der letzten möglichen Nebenwirkungen des englischen Großgrundbesitzes, den Banken des Landeslordismus, fest. Früher waren die feudalen Großgrundbesitzer, die Lords, die Großgrundbesitzer, die große landwirtschaftliche Umgestaltungen, in den letzten Jahrzehnten widmeten, sie haben unter starkem Zugang aus den Schichten des neuen Reichstums überwiegend dem Sport, der Jagd und sonstigen mit dem Großgrundbesitz zu verbindenden unproduktiven Tätigkeiten. Angehört der seit einem halben Jahrhundert zunehmenden englischen Agrarcrise haben sie zu landwirtschaftlichen Verbesserungen auf lange Sicht jedes Vertrauen verloren und suchen ihr Eigentum oder Bruchstück desselben verkaufsweise abzustoßen. Kleinbesitzer, die beauftragt das liberale Programm, haben eine Berechtigung nur so lange, als sie eine nützliche soziale Funktion erfüllen. Da der Großgrundbesitz das nötige Kapital zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität nicht aufbringt, soll nach dem liberalen Programm Grün und Boden in das Eigentum des Staates übergehen, der verstaatlichte Großgrundbesitz verbraucht werden und der Staat als Kreisbezirk, als Organisator des Lebens, der Preisgestaltung, der Transport- und Lagereinrichtungen, als Förderer der genossenschaftlichen Bildungen und des produktionsfördernden Erziehungswesens austreten. Seid-

der konservative Landwirtschaftsminister Edward Wood, offenbart, wie Mag. Gippel in den Sozialistischen Monatsheften ausführt, agrarsozialistische Anstrengungen. "Entweder wird der Boden", schreibt Wood aus, "vernachlässigt und führt allmählich seine Erziehung ein, oder die Nation fordert sich: wir können diesen Prozeß nicht teilnahmslos weiter um sich greifen lassen, der Staat muß einpringen, um diese kapitalgewöhnende Funktion an Stelle des alten Landadels zu vollziehen. Ist man aber so weit vom Staat abhängig, so wird er auch eine gewisse Kontrolle über ihn ausüben, das bringt uns die nächsten 30 oder 40 Jahre fast unvermeidlich eine Art Nationalisierung praktisch herbei zu führen."

Eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

ist auch sicher in Polnisch-Oberschlesien festzustellen. Nach der letzten Ausstellung sind in der Wojewodschaft Schlesien insgesamt 69 068 Arbeitslose vorhanden, von denen 64 840 registriert sind. Auf die einzelnen Kreise entfallen: Katowice 22 533, Rybnik 11 848, Königslütz 9348, Schwientochlowitz 773, Pleß 6912, Leszno 17 826, Tychowitz 2606, Tarnowitz 2467, Bielitz 223 und Lubliniec 519. — 41 893 Erwerbslose beziehen Unterstützungen. Von der Zunahme am stärksten betroffen wurde der Kreis Pleß, was hauptsächlich auf die Einstellung von Bauarbeiten zurückzuführen ist.

Gründung einer russisch-polnischen Handelskammer in Warschau.

Der sowjetrussische Gesandte in Polen, Wostrow, erklärte bei einem Presseempfang, daß die Gründung einer russisch-polnischen Handelskammer eine Frage von einigen Wochen sei. Ferner teilte der Gesandte mit, daß dennoch russische Lieferungsauflagen an die polnische Textilindustrie in Höhe von 10 Millionen Dollar vergeben werden. Zum Schluß wies er darauf hin, daß russischerseits groÙe Bedeutung dem geplanten Bau eines Kanals zwischen der Weichsel und dem Nieme im Sinne der Förderung der russisch-polnischen Handelsbeziehungen vergeben wird.

Günstige Entwicklung des französischen Außenhandels in metallurgischen Erzeugnissen.

Wie dem Fachblatt "Industrie-Kurve" berichtet wird, hat sich die Ein- und Ausfuhr Frankreichs in metallurgischen Erzeugnissen in den Monaten Januar bis einschließlich November 1925 folgendermaßen entwickelt:

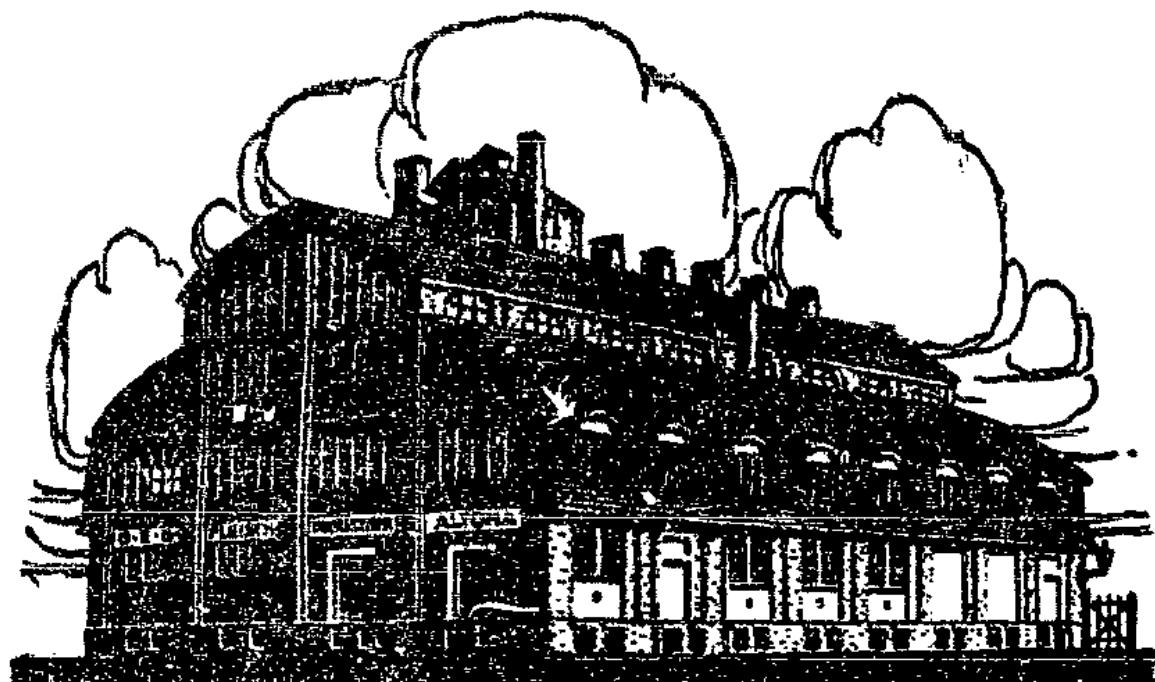
Jänner	Oktober	Wert in 1000 Franken
1925	1924	1925
Einfuhr.	175 882 To.	692 027 To.
Ausfuhr.	3 604 665	2 701 356
Übersch.	3 478 773 To.	2 009 329 To.
		1 833 932 1 017 722

Japans Außenhandel.

Nach der amtlichen Statistik betrug der Wert des japanischen Außenhandels im Jahre 1925 ungefähr 4871 Millionen Yen, und zwar die Einfuhr 2588 Millionen, die Ausfuhr 2293 Millionen Yen. Dies bedeutet im Vergleich mit dem Vorjahr eine Zunahme um 116 Millionen Yen und bei der Ausfuhr eine Zunahme um 496 Millionen Yen, also eine Gesamtzunahme um 612 Millionen Yen.

Die genossenschaftliche Macht im Silber

Die Eigenbetriebe der GEG
Sondervorführung am Mittwoch, 6. Januar 1926 im Gewerbehaus



Fleischindustrie Altona

Mehrere tausend Zeitungen verbünden täglich das Hohe Ziel des Kapitalismus und verlügen, die Unentbehrlichkeit privatwirtschaftlicher Initiative zu beweisen. Von deren Kraftfestigung wird alles Heil erwartet. Eine gefällige Presse und interessierte Redner überzeugten sich in Thesen, als Stütze einen Betrieb um den anderen zusammenzusetzen — sie dachten sich, als der fiktive Bau versäumt. Große verdeckte Töne wurden in der Vorkriegszeit in der bürgerlichen Presse angespielt, wenn eine wild geplante Konsumgenossenschaft Schiffbruch erlitt. Auf geraden und kurvigen Wegen arbeitete man gleichzeitig darauf hin, den Konsumgenossenschaften das Leben leicht auszubauen oder ihnen zum mindestens das Dasein zu erschweren. Alles vergebens! Das einmal als richtig erkannte genossenschaftliche Prinzip siegte. Blühte siegen, weil es sich auf der Grundlage der Bedarfs- und nicht der Profitwirtschaft aufbaute.

Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser sozialen Wirtschaftsorganisationen wurde am Mittwoch vormittag in den Gewerbehaus-Lichtspielen durch den Eigenfilm der Großaufsellschaft Deutscher Konsumvereine erbracht.

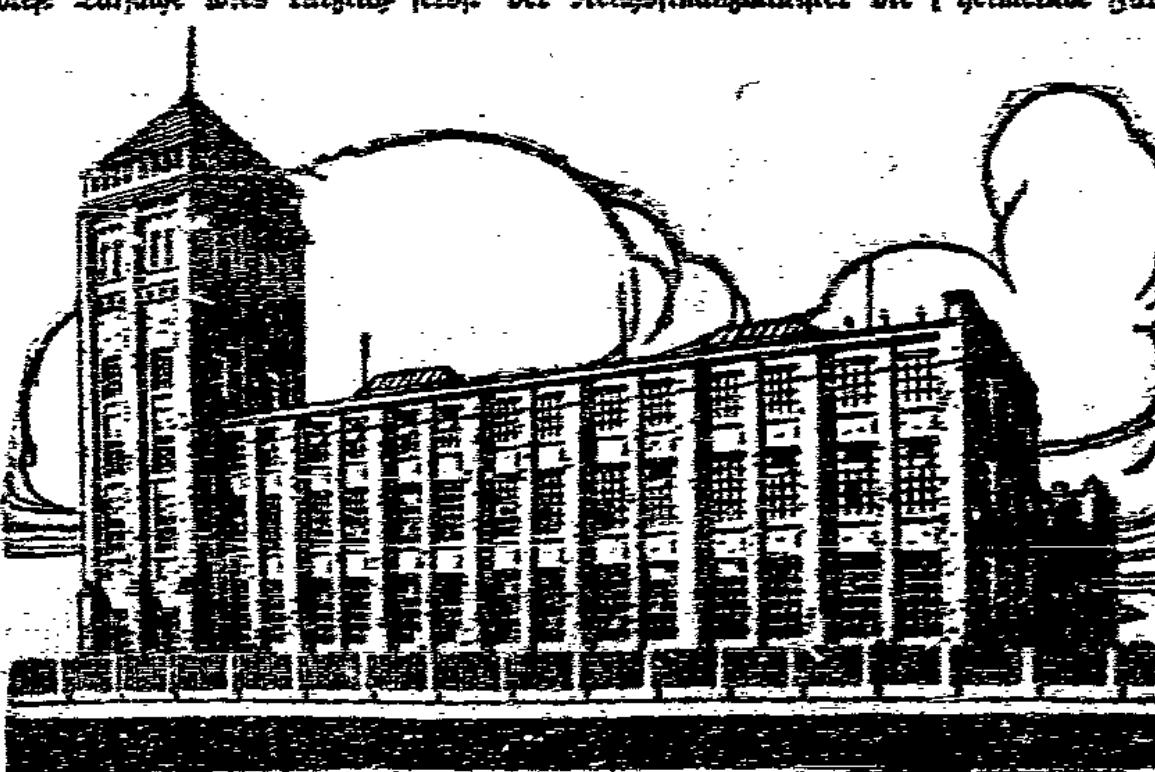
Niemals die Bedeutung der GEG in der genossenschaftlich durchgebildeten und zentral zusammengefaßten Bedarfswirtschaft noch nicht zum Bewußtsein gefouert wurden, denn mußte ein Blick aufzeigen, als er die Massen des Bureau-Personals aus dem malerischen Verwaltungsbauernhof in Hamburg strömen sah. Es gibt keinen kaufmännischen Betrieb in Deutschland, der wie die GEG 600 Personen beschäftigt, keinen, der 42 Produktionsbetriebe und 14 riesige Lagerhäuser besitzt und der dies alles so großzügig angelegt hat, daß sich der Bedarf um das Doppelte und Dreifache vermehren kann, ohne daß eine Lieferungsstörung eintritt. Diese gewaltigen Unternehmungen sind alle organisch gewachsen. In ihnen konzentriert sich die Arbeit, die gewerkschaftlich und genossenschaftlich tätige, einfache, ländliche Menschen im ganzen Reiche Jahrzehntlang uneigennützig geleistet und hunderttausende treue Genossenfamilien unterstützen haben. Kein großer Wert wird an einem Tage, in einem Jahre erreicht. 47 Konsumvereine nur waren es, die 1894 erkannten, daß ein zentraler Einkauf notwendig sei, um für die Mitglieder Vorteile zu erzielen. Damals wurde die GEG gegründet.

Wer weiß, welche gewaltige wirtschaftliche Macht heute in ihr verkörpert ist? Welche Haftung ahnt, wie viele Kräfte am Werk sind, um ihr die Schwere des Lebens zu erleichtern? Tausendmal schon hat es ihr die Parteipropaganda gefragt, daß sie sich selbst helfen müg. Und sie kann das. Sie muß nur das Einkaufen ver-

stellen, muß den Lohn des Mannes oder ihren Eigenverdienst zweimalig ausgeben. Zweimalig ist, die Ware von der Genossenschaft zu holen, vom "Vorwärts", der sie wiederum von der GEG bezieht. Die GEG streift ihre Arme in die ganze Welt, holt sie oder die Rohprodukte in Eisenbahngütern und Schiffsabladungen her und fabriziert eine Unmenge täglicher Bedarfssattis.

Ein Teil dieser Produktionsbetriebe wurde am Mittwoch in voller Tätigkeit gezeigt. Schade, daß es nicht jedem Genossenfamilien vergönnt ist, den einen und anderen Betrieb persönlich zu besichtigen. Er würde jeden Kleinstgeist und Nörgler mundtot machen. Er würde die allergrößte Hochachtung hegen von dem, was die Arbeiterschaft — sie ist die Stütze der ganzen Genossenschaftsbewegung — in drei Jahrzehnten einschließlich 10 jährigem Wirtschaftsniedergang geholt hat.

Vielleicht nicht allzu sehr beachtet, und doch wirtschaftlich am bedeutungsvollsten rollten auf der Leinwand ungähnliche kleine Kriege durcheinander. Sie eckelten das wirre privatkapitalistische Getriebe: überall, wo Lust auf Profit steht, legt sich ein Händler hin und macht einen Laden auf, ein anderer zieht sich davon, will und konkurrenzlos. Da liegt sich in die Ecke der erste Konsumverein, der zweite folgt im gemessenen Abstand usw. Die Konsumvereine umspannen eine Provinz, ein Land, das Reich. Kaufen ihre Waren nicht planlos da und dort, sondern vereinigen sich, schaffen eine Zentrale, die GEG, produzieren leicht. Der Zwischenhandel fällt weg, geht zu Buch der Mitglieder, zugunsten der Rentengüte. Und mit der Rückt der Zuliefererunterstützung kehren fallen die 1200 in der GEG zusammengeführten Konsumvereine die ganze Preisgestaltung. Das ist keine eigenmächtige Behauptung; auf die Tatfrage wie häufig lebt der Reichsfinanzminister die



Chemische und Mineralölfabrik Riesa-Groba

Beamten als Erfolg für eine Gehaltserhöhung hin, und auch im englischen Ministerium wurde anerkannt, daß die Konsumgenossenschaften für das englische Volk ein großer Helfer während und nach den Kriegsnoten war. Die Vorteile genossenschaftlichen Wirkens sind übrigens für jeden, der kein so großer Einfallspinsel ist, von selbst augencheinlich.

Wir wollen ganz absehen von dem großzügig eingerichteten Verwaltungsbauernhof in Hamburg. Wo täglich einige tausend Aufträge einlaufen, jährlich 200 Millionen Waren, und eine Milliarde Rentenmark registriert werden, da muß Organisation und Schmied herrschen. So ist es auch in den Fabrikbetrieben der GEG. Mächtig und stolz ragen sie in den verdunkelten Stadtteilen Hamburgs und Altonas hervor.

Sieben und sieben Stadtwerke hoch heben sich die massigen Gebäude mit ihren weiten hellen, laufenden Räumen von der Umgebung ab. Ich hatte Gelegenheit, sämtliche Eigenbetriebe der GEG in Hamburg zu besichtigen. Obwohl ich als alter Genossenschafter von der Großzügigkeit der Unternehmen überzeugt war, die Betriebsanlagen und die Tüchtigkeit ihrer Leitung überraschten mich doch. Ueberall wohlgedachtes Organisation, vortheilhafteste neuzeitliche Einrichtung, weite helle Arbeitsräume, peinliche Sauberkeit. Ja film am Sonntag gab es einen Ausschnitt aus der Teigwarenfabrik. Sie liegt hoch oben im Lagerhaus, aber die Verpackungsräume mit den sinnreichen Maschinen greifen ineinander, bis die tödliche Kohne aufs Gramm verpackt istenartig bereit steht. Unten im Keller liegen hunderte von Säcken Rohstoffe. Sie wandern hemmungslos durch alle Stockwerke, bis sie zum kleinen Päckchen gepackt sind, das die Hausfrau mit ihrem schwachen Geldbeutel er schwingen kann. So ist es mit den Gewürzen, in deren Lagerraum ein gar nasseprideler Geruch zum Verweilen reizt. Auch sie wandern nach der Reinigung — und diese geschicht bei allen Artikeln peinlich schnell — durch die verschiedensten Küchen und konstruktiven Maschinen, die selbst die Tüten formen und sieben und den Inhalt genau wiegen. Seiten nur berührt eine Hand den Stoff. Das war im Bild zu sehen. Und noch viel mehr. Greifen wir einiges heraus. Die Fleischindustrie. Weit draußen in Altona liegt sie. Ein



Holzindustrie Dortmund

Doden aufgestapelter festgepreßter Ballen aus fernem Ländern, wer soll sie alle verqualmen? Immer Millionen Kilo Rauchtabak verwandeln sich in 98 Millionen Zigaretten, 100 Millionen Zigarren, eine Million Kilo Rauchtabak und acht Millionen Prismen. Wie viele schöne Zukunftsgedanken schlängeln sich da nicht in die Zukunft! Und der "Vorwärts" kann sich rümen, einer der stärksten Verbraucher von Rauchtabak der GEG zu sein. Wenn erst alle GEG rauchen, dann müssen noch viele Hamburger, Sachsen und Baden den Zigarettenraucheruf erlernen.

So ist es aber mit allen Eigenbetrieben der GEG. Man schaut nur die Seifenfabrik Riesa-Groba an, deren Fabrikationsbetrieb unter anderem gezeigt wurde. Da fehlt nichts an modernster Inneneinrichtung — die Außenansicht mutet schloßähnlich an. Ein Zweigbetrieb, fast noch gewaltiger, befindet sich in Düsseldorf. Über 18 Millionen Kilogramm Seifen und Waschmittel werden hier auf einwandfreiesten Wege hergestellt. Die Genossenfamilien braucht keine Sorge zu haben, sie kann einen doppelt so großen Waschschrank kaufen und die Wäsche noch einmal mehr wechseln, die GEG läßt die Zukunft spielen.

Möbel und Wallonie sind auch eine schöne Sache. In Gröba-Riesa, dem großen Hasenrumpfslagelplatz, wurde die Teigwarenfabrik errichtet. Da verarbeiten die Maschinen den Teig und drehen und würden ihn, bis die köstliche Ware verarbeitet ist. Ein Riesenbetrieb, der ebenso algemeine Bevölkerung erregte wie die Weberei und Konfektion in Dippach, wo jährlich 300 000 Meter Gewebe durch die Webstühle röhren und 100 000 Stück erstklassiger Konfektionsware von fleißigen Näherinnen verarbeitet wird. Ein Gewirr von Maschinen und Fäden fließt einem entgegen. Man bemerkte neben der Betriebsorganisation die Unermüdbarkeit der Schaffenden. Was aber die Einzigartigkeit des Produktionsvorganges verleiht macht, das ist die Gewissheit, daß alle in den GEG-Betrieben Beschäftigten nicht nur vorbildliche Arbeitsräume, sondern auch ebensoleiche Arbeitsbedingungen haben.

Das gleiche ist zu sagen von der im Film vor- geführten Jündholzfabrikation, die in zwei Betrieben in Gröba-Riesa betrieben wird. Von Baumstamm bis zu dem unscheinbaren und doch so notwendigen Streichholz wurde der noch nie gefahrene Produktionsprozeß im Bilder vorgeführt.

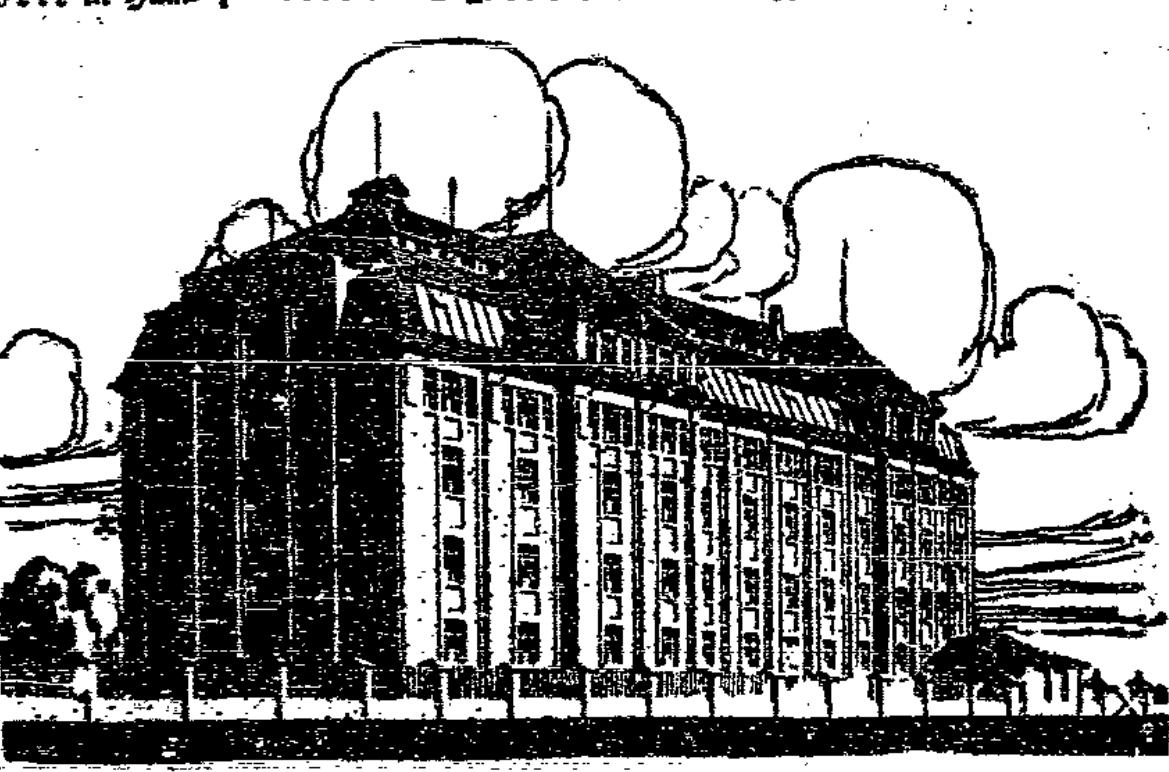
Es braucht eigentlich kaum erwähnt zu werden, daß eine so logisch durchdachte Wirtschaftsorganisation, die 1200 Konsumvereine betreibt, von denen wieder einzeln über 100 Warenabgabestellen haben, auch die Lieferung der Einrichtungsgegenstände für Konsumvereine nicht bei Privatunternehmern überläßt. In Dortmund, mitten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, steht das stolzste Fabrikgebäude dieser Art. Auch dieses wurde im Film mit seiner unerreichten Inneneinrichtung gezeigt.

Teigwarenfabrik Riesa-Groba

langgezogenes Gebäude. Das größte Unternehmen dieser Art in Deutschland. Und das sauberste, das zweitentprechendste. Hunderte fleißiger Arbeiterrinnen und Arbeiter sind hier tätig. Erhalten Arbeitsleidung. Eine Million Kilogramm Räucherwaren und 2½ Millionen Kilogramm Marinaden gehen von diesem mustergültigen Betrieb jährlich hinaus. Der Arbeitsvorgang ist eine Wissenschaft für sich, das Ergebnis der einwandfreie Lederbissen, den jeder Genossenfamilie mit Hochgenug verzehren kann. Die süddeutschen Konsumvereine, die einen ganz großen Prozentsatz dieser GEG-Ware beziehen, wissen das besonders zu schätzen. Dafür reagieren sie sich. In dem gleichen umfangreichen Gebäudekomplex befindet sich die Weinkellerei der GEG. Da gibt es Sorten vom Rhein und der Pfalz! Auch von Genossenfamilien bezogen. Zug den freundlichen Kellermeister, wenn du Sodastadt oder Südwüste hast. Der Konsumverein "Vorwärts" vermittelt die die prächtigsten Marken.

Da kommt dir auch gleich, wenn du in Altona bist, nach der Schokoladenfabrik der GEG erkundigen. Schade, daß dieser Betrieb nicht im Film war. Da wird Tag und Nacht gemengt und gerührt. Gi, solch Weihrauch zieht Wasser in den Mund! Die weitgefächterten Nüdeln waren bei seinem Besuch gerade beim Empfang der Reichsstaatssekretärin. Und die Zunderbäder oder Teiganzüchter hatten es gut eilig. Da ist eine Fabrik, die überzeugt ist. Das kommt daher, daß alle, die GEG-Schokolade und -Zuckerstücke gekostet, gar keine andere mehr haben wollen.

Und dann, weil wir gerade im Zentralbereich sind, etwas für die Schwäne. Hamburg war von jeher die Domäne der Lippenstifte. Daß diese vielen Gesellschafter in der GEG aufgingen, ist kein Wunder. Die Großeinkaufsgesellschaft erlöste manchen Heimarbeitern vom Kleinamt und setzte ihm in anheimelnde Fabrikhöfe. Mit der Rauchtabakfabrik in Hamburg kann man sich keine unterstreichen. Auch mit den anderen, in Frankenberg und in Baden. Es sind Betriebe, in denen Heimarbeit gutes Brod knüpft. Es ist hier wie mit den Lebensmitteln: Sauberkeit rangt vor allen Dingen ringsum herum. Rüst und Sonne, die Arbeit erledigen. Jeder ist sich seiner Pflicht für das Ganze bewußt. Er erhält einen besseren Lohn, und hat günstigere Arbeitsbedingungen. Schulungsarbeitsbuch, wie ihn kein Betrieb betreibt — aber Pflichterfüllung ist Selbstverständlichkeit. Fortwährende Fortbildung. Es mag noch einmal wiederholen: der Film zeigt den Arbeitsgang in großzügiger Weise. Über der perspektivische Tagesidee steht noch viel geselliger und nachhaltiger. Von dem Radfahrer in den Kellerräumen macht man sich keinen Begriff. Wieviel bis an die



Chemische und Mineralölfabrik Riesa-Groba

Sinein in den Strom- und Spannwerk "Vorwärts"